

Kompetenz und Innovationskraft im
Wertpapierhandel

GESCHÄFTSBERICHT 2008



SCHNIGGE
Wertpapierhandelsbank AG

>> SCHNIGGE WERTPAPIERHANDELSBANK AG AUF EINEN BLICK

Entwicklung wichtiger Kennzahlen im Drei-Jahres-Überblick:

Geschäftsjahr		2008	2007	2006
Bilanzsumme	TEuro	18.153	11.896	6.305
Grundkapital zum 31.12.	TEuro	2.802	2.241	2.131
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	TEuro	-201	205	2.454
Jahresüberschuss	TEuro	-201	22	2.193
Jahresüberschuss pro Aktie	Euro	-0,07	0,01	1,03
Ausschüttung	TEuro	0	1.009	0
EBIT	TEuro	-200	350	2.424
EBITDA	TEuro	57	495	2.522
Mitarbeiterzahl am 31.12.		30	25	20



>> INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
VORWORT DES VORSTANDES	5
DIE GESELLSCHAFT	6
AKTIENKURSENTWICKLUNG	6
UNTERNEHMENSSTRATEGIE	7
LAGEBERICHT	9
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
Geschäftsverlauf und -Lage	10
Bilanz- und Ergebnisentwicklung	11
Berichte aus den einzelnen Geschäftsbereichen	11
Personalentwicklung	13
Risikobericht	13
Chancen und Risiken zukünftiger Entwicklungen	16
Zweigniederlassung	17
Angaben zur Kapitalstruktur – übernahmerelevante Informationen	18
Besondere Ereignisse nach Schluss des Geschäftsjahres	18
Ausblick	19
Schlusserklärung des Abhängigkeitsberichtes	19
JAHRESABSCHLUSS	21
Bilanz zum 31.12.2008	22
Gewinn- und Verlustrechnung 2008	24
Anhang	26
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS	32
BERICHT DES AUFSICHTSRATS	33
ENTSPRECHENSERKLÄRUNG ZUM DEUTSCHEN CORPORATE GOVERNANCE KODEX	34
INVESTOR RELATIONS	34



KOMPETENZ UND INNOVATIONSKRAFT IM WERTPAPIERHANDEL

>> VORWORT DES VORSTANDES

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre,

2008 war für die gesamte Finanzbranche das seit langer Zeit schwierigste Jahr. Wohin man für das abgelaufene Geschäftsjahr auch schaut, freudestrahlende Gesichter findet man kaum. Wohl selten hat sich eine Krise so umfassend und tief greifend in Wirtschaft, Stimmung und an den Börsen festgesetzt, wie die derzeitige als Weltwirtschaftskrise zu bezeichnende Lage. Heftige Turbulenzen erschütterten die Finanzmärkte im gesamten Jahresverlauf 2008. Die Situation eskalierte im dritten Quartal nach dem Zusammenbruch der US-Investmentbank Lehman Brothers. In der Folge kam es zu einer massiven Ausweitung der Volatilität und der Risikoaufschläge in nahezu sämtlichen Anlageklassen sowie schließlich zu Befürchtungen einer Systemkrise. Der Bankensektor erlebte weltweit schwer wiegende Veränderungen mit Aufsehen erregenden Übernahmen und weit reichenden staatlichen Hilfsprogrammen. Die umfangreichen Interventionen von Regierungen und Notenbanken haben dabei wesentlich zur Stabilisierung beigetragen.

Die krisenhaften Rahmenbedingungen haben die konsequente Fokussierung auf unser Kerngeschäft und den Rückzug aus risikobehafteten Geschäftsansätzen beschleunigt.

Unsere Gesellschaft war bereits im Vorjahr bei ihrem Ausblick sehr vorsichtig und zurückhaltend, dass die Lage sich aber derart dramatisch entwickelte, war nicht vorhersehbar. Und so war auch unser Haus in mehrfacher Hinsicht von der Krise betroffen. Durch die herben Kursrückgänge ist ein Börsenmakler stets direkt betroffen – einerseits durch verlustbringende Handelspositionen im Abwärtstrend, andererseits durch Umsatzrückgänge, die sich negativ auf das Provisionsergebnis niederschlagen.

Auch der Ansatz, mit dem im Laufe des Jahres 2008 gestarteten Shark Trading, erstmalig mittelbar den Endkunden ansprechen zu können, war nicht von Erfolg gekrönt. Zur Vermeidung weiterer Kosten bei absehbar auch mittelfristig kaum vorhandener Aussicht auf einen positiven Deckungsbeitrag zum Gesamtergebnis wurde dieses Produkt wieder eingestellt.

Hart getroffen wurde SCHNIGGE jedoch aus einer ganz anderen Richtung. Das als ursprünglich risikoarme Arbitragegeschäfte zwischen Derivaten und Aktien geplante Gamma Trading hat sich faktisch als höchst defizitär erwiesen. Der Verlust konnte jedoch durch die Auflösung von Rückstellungen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken komplett ausgeglichen werden.

Einem umsatzstarken Verlauf insbesondere des Fondshandels im Dezember – resultierend aus der ab dem 01.01.2009 neu beschlossenen Abgeltungssteuer - ist es zu verdanken, dass die Gesellschaft im Vergleich zu anderen Banken nur ein moderates negatives Ergebnis zu verzeichnen hatte.

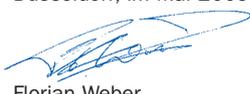
Weltwirtschaftskrise – Belastung oder Chance für SCHNIGGE?

Dem Blick zurück in die Vergangenheit wollen wir versuchen, einen Ausblick in die Zukunft entgegen zu stellen. Jede Krise bietet Chancen. Wer es schafft, sich in der Krise sicher aufzustellen, der wird gestärkt in eine folgende Aufschwungphase gehen können. Wir sind davon überzeugt, dass dies keine Phrasen sind, sondern dass SCHNIGGE genau jetzt die Chance hat, sich im zukünftigen Wettbewerb und dem bereits stattfindenden Konsolidierungsprozess der Finanzdienstleister einerseits und der Börsen andererseits erfolgreich aufzustellen. Diese Positionierung verlangt jedoch, dass die Herausforderungen der derzeitigen Krise erfolgreich gemeistert werden.

Auf jeden Fall wird das Jahr 2009 für die Börsen, für die Wirtschaft und auch für unsere Gesellschaft sehr spannend werden. Für das laufende Geschäftsjahr gehen wir von weiterhin sehr schwierigen Rahmenbedingungen aus. Die Finanzmärkte und das Überschwappen auf die weltweite Konjunktorentwicklung werden unsere Branche vor neue große Herausforderungen stellen.

Wegen der großen Unsicherheiten sehen wir uns nicht in der Lage, eine belastbare Prognose für das laufende Geschäftsjahr abzugeben. Der Vorstand und die Mitarbeiter der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG werden aber alles daran setzen, Ihnen, sehr verehrte Aktionärinnen und Aktionäre, ein angemessenes Ergebnis erwirtschaften zu können.

Düsseldorf, im Mai 2009



Florian Weber



Martin Liedtke

>> DIE GESELLSCHAFT

SCHNIGGE WERTPAPIERHANDELSBANK AG

Vorstand

Florian Weber, Vorsitzender
Markus Baukenkrodt (bis 3.11.2008)
Michael von Busse (bis 31.12.2008)
Martin Liedtke (ab 1.12.2008)

Aufsichtsrat

Günther P. Skrzypek, Vorstand, Frankfurt a. M.
(ab 3.1.2008 gerichtlich bestellt, ab 29.5.2008 in HV gewählt, Vorsitzender ab 17.1.2008/29.5.2008)
Dr. Thomas Schmitt, Vorstand, Frankfurt a. M.
(ab 3.1.2008 gerichtlich bestellt, ab 29.5.2008 in HV gewählt, stv. Vorsitzender ab 17.1.2008/29.5.2008)
Anthony M. Coveney, Executive Director, London/GB
(ab 22.8.2007, nachträglich mit Vorrang vor Wahlmandat gerichtlich bestellt am 11.1.2008, am 29.5.2008 in HV gewählt)

Handelsplätze und -systeme (im Berichtsjahr)

Deutsche Börse AG / Frankfurt,
Börse Berlin, Börse Düsseldorf, Börse Hamburg,
Börse Stuttgart, Börsensystem Xetra*

Hauptsitz

Düsseldorf

Niederlassungen

Frankfurt am Main

Handelsregister

Düsseldorf unter HRB 36 608

>> AKTIENKURSENTWICKLUNG

Stammdaten: (Stand April 2009)

Inhaber Stammaktien

Börsenkürzel SHB3, WKN A0EKK2, ISIN DE000A0EKK20
Anzahl Aktien 2.691.785 im rechnerischen Wert von EUR 1,00.

Neue Inhaber Stammaktien

nicht börsennotiert, WKN A0NK3C, ISIN DE000A0NK3C6
Anzahl Aktien 110.000 im rechnerischen Wert von EUR 1,00.

Aktionärsstruktur (Stand März 2008)

AUGUR Financial Holding	
Zwei GmbH & Co. KG	90,13 %
Streubesitz	9,87 %

Der Börsenkurs der Aktien unserer Gesellschaft war zu Beginn des Jahres auch weiterhin geprägt von der Übernahme der Aktienmehrheit durch unseren neuen Großaktionär und setzte sein zum Ende 2007 erreichtes Niveau von EUR 9,00 bis EUR 9,50 fort. Zwischenzeitlich erreichte die Aktie sogar Kurse von EUR 10,00 bis EUR 11,00 im ersten Quartal 2008. Im weiteren Jahresverlauf verfiel der Aktienkurs jedoch nach Auslaufen des Übernahmeangebotes auf ein Niveau von durchschnittlich EUR 3,10. Durch den geringen Freefloat an Aktien unserer Gesellschaft sind die Umsätze auch in 2008 eher als niedrig zu bezeichnen.

Für das Geschäftsjahr 2008 wird die Gesellschaft keine Dividende ausschütten.



>> UNTERNEHMENSSTRATEGIE

Das Kerngeschäft der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank liegt im Bereich des Wertpapierhandels, insbesondere in der Skontroführung. Um die bestehende und geforderte Infrastruktur einer börsennotierten unter Aufsicht der BaFin stehenden Wertpapierhandelsbank noch rentabler ausnutzen zu können (Skaleneffekte), bleibt der Ausbau der Handelsbereiche auch weiterhin ein vorrangiges Ziel unseres Unternehmens. Dies gilt insbesondere für die Geschäftsbereiche des börslichen Fondshandels wie auch der Skontroführung Aktien / Renten in Frankfurt.

Vor dem Hintergrund der negativen Entwicklung an den internationalen Kapitalmärkten, der externen Wahrnehmung der Schnigge AG als Wertpapierhandelsbank und des unbefriedigenden Ausblickes der Erlöse / Aufwendungen im Geschäftsfeld mit Endkunden, wurde der Geschäftsbereich Shark Trading Anfang 2009 eingestellt.

Die mittelfristige Stärkung der Rücklagen und damit das Anwachsen des haftenden Eigenkapitals hat die höchste Priorität für uns. Ein Wachstum um bzw. zu jedem Preis erscheint auch im Rahmen der bereits stattfindenden Konsolidierung in der Branche der Banken / Finanzdienstleister nicht sinnvoll und gefährdet das mittelfristige Ziel der Kapitalstärkung / Bestandssicherung.

HANDEL

Der Handel in Wertpapieren – Aktien / Fonds / Renten / Genussrechte - ist die Keimzelle der Gesellschaft und nach wie vor das wesentliche operative Standbein. Im Handel ist der Trend der Orderausführung auf elektronischen Plattformen (XETRA® / Scoach) bereits seit Jahren im Gange. Weitere Anbieter versuchen über eigene Plattformen wie z. B. Turquoise und Chi-X als Konkurrenz zum XETRA – System der Deutsche Börse AG, Umsätze – insbesondere in den liquiden großen Werten – zu generieren. Derzeitigen Informationen nach wird aber von den Marktteilnehmern allgemein eine Verlängerung der von der Deutsche Börse AG vergebenen Aktien - Skontren auf dem Frankfurter Parkett im September 2009 erwartet.

Die Position als Skontroführer in Frankfurt konnten wir einerseits durch die Zuteilung von Skontren durch die Deutsche Börse AG in Höhe von 2 % Marktanteil sowie insbesondere dem Erwerb der Skontren (Aktien / Renten) der Concord Financial Intermediary GmbH ab dem 01.11.2008 ausbauen. Ein weiterer Ausbau der Marktposition in Frankfurt bei vertretbaren Erwerbskosten ist weiterhin unser Ziel.

Die Skontroführung im Bereich des Fondshandels konnte in Frankfurt bisher nicht – über den bereits diesbezüglich seit Jahren erfolgreich bestehenden operativen Tätigkeitsfeldern in

Düsseldorf und Hamburg – ausgebaut werden. Dies liegt dennoch, adäquate Erwerbskosten vorausgesetzt, auch weiterhin in unserem Fokus.

Im Eigenhandel wird bei nur kurzer Haltedauer versucht, Gewinne zu erzielen. Das Eingehen strategischer langfristiger Positionen ist derzeit nicht geplant. Die Liquidität einer Aktie und damit die Möglichkeit der Glattstellung bei negativer Entwicklung spielt bei Eingehen einer Position eine wesentliche Rolle.

Die bestehenden Geschäftsfelder mit den institutionellen Kunden / Sales und Brokerage wie auch im Designated Sponsoring wollen wir beibehalten und bei verbesserten Märkten bzw. bei sich ergebenden Opportunitäten ausbauen.

CORPORATE FINANCE / CORPORATE BROKING

Der Bereich Corporate Finance / Broking wird sich auf die Beratung bzgl. Finanzierungsstrategien bzw. -instrumenten für kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) konzentrieren. Dies auch, um hier das eigene Leistungsangebot beim Listing unterschiedlicher Wertpapiere in den Handel einbringen zu können.

Zur Darstellung dieses komplexen Dienstleistungsumfangs werden wir aus Kostengründen die entsprechende Wertschöpfungstiefe durch Mitarbeiterkapazitäten nicht selbst aufbauen, sondern auf entsprechende Outsourcing – Angebote zurückgreifen.

FINANZPORTFOLIOVERWALTUNG

Den Bereich Finanzportfolioverwaltung wollen wir auf Grund von Synergien mit unserem Kerngeschäft „Handel“ sowie sich bietender Cross-Selling Möglichkeiten mit Bestandskunden mittelfristig aufbauen. Die vorhandene Lizenz gibt uns hierfür den aufsichtsrechtlich erforderlichen Rahmen.

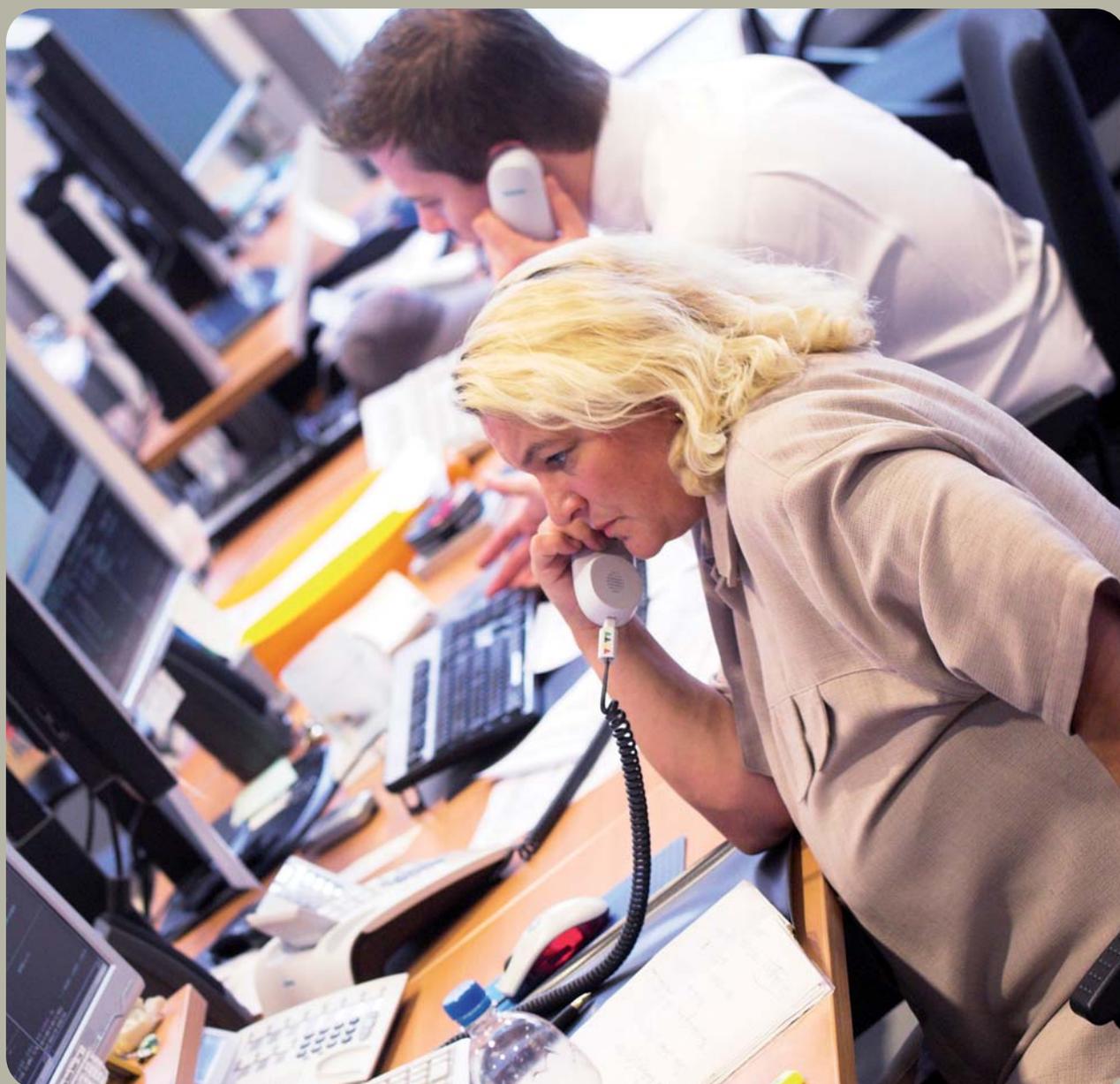
Auch beim Aufbau des Service-Angebotes im Bereich Finanzportfolioverwaltung gilt für uns das Primat der maßvollen Investitionspolitik, d.h. dass auch hier die zur Leistungserstellung erforderliche Wertschöpfungstiefe im eigenen Haus möglichst klein gehalten wird und nur bei vertretbarem Profil das Geschäftsfeld ausgebaut wird. Dies zeichnet sich derzeit für 2009 nicht ab.

STABSBEREICHE / SONSTIGE KOSTEN

Die Struktur einer börsennotierten Aktiengesellschaft unter Aufsicht der BaFin bringt eine Vielzahl zusätzlicher Kosten mit sich. Nahezu alle notwendigen Dienstleistungsbereiche sind outgesourced, um die fixen Kosten der Stabs- wie auch sonstiger Bereiche so gering als möglich zu halten.

INVESTITIONEN

Bei allen Aktivitäten zur Förderung des weiteren Unternehmens- und Gewinnwachstums ist für uns die Prämisse der bestands-sichernden Umsichtigkeit handlungsleitend. Die Stärkung der Rücklagen und damit das Wachstum des haftenden Eigenkapitals hat die höchste Priorität für uns. Dazu ist ein Ausbau der Geschäftsaktivitäten notwendig. Diese Investitionen haben jedoch in einem angemessenen finanziellen Verhältnis zur Unternehmens- und Risikostruktur der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zu stehen.



>> LAGEBERICHT 2008

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Das Börsenjahr 2008 wird sicherlich als eines der schlechtesten Jahre in die Annalen der Börsenstatistiken eingehen. Fast durchgehend fiel das deutsche Börsenbarometer, zeitweise im Jahresverlauf um mehr als 50 %, bevor es zum Jahresende zu einer kleineren stichtagsbezogenen Erholung kam. Nach zwei aufeinander folgenden sehr guten Börsenjahren mit Kursanstiegen von jeweils gut 22% beendete der Deutsche Aktienindex das Jahr 2008 auf einem Niveau von 4.810,41 Punkten. Dies entspricht einem Jahreskursverlust von gut 40%.

Bereits zum Jahresauftakt kam es zu kräftigen Kursrückgängen, die sich im weiteren Verlauf vor allem durch permanente, negative fundamentale Nachrichten verstärkten. Dabei war insbesondere die im Vorjahr begonnene Immobilienkrise („Subprime-Krise“) Auslöser einer im Jahresverlauf immer depressiver werdenden Stimmung an den Märkten und bei deren Teilnehmern. Dass neben den angesprochenen fundamentalen Problemen noch einige hausgemachte Schwierigkeiten hinzukamen, verstärkte die Trends und die Unsicherheiten bei den Marktteilnehmern. Als Beispiel sei der Eigenhandelsverlust der Société Générale genannt, bei der ein Händler unzulässiger Weise Futurespositionen im Gegenwert von EUR 50 Milliarden hielt und der Bank einen Verlust in Höhe von rund EUR 5 Milliarden bescherte.

Im Laufe des Jahres kristallisierte sich heraus, dass – ausgelöst von der Subprime-Krise – die internationale Finanzwirtschaft in eine dramatische systemrelevante Liquiditätsklemme geriet. Große amerikanische Bankhäuser konnten nur durch staatliche Intervention gerettet werden, konzertierte Aktionen der internationalen Zentralbanken und Regierungen versorgten die Bankenwirtschaft mit der benötigten Liquidität. Doch nicht alle Banken konnten ihre Geschäfte eigenständig weiter betreiben, so wurde u. a. mit Lehman Brothers eine über 150-jährige Erfolgsgeschichte über den Gang in die Insolvenz beendet. Kooperations- und Übernahmegespräche scheiterten im September, sodass die Bank – entgegen des bisherigen Grundsatzes „too big to fail“ – Insolvenz gemäß Chapter 11 beantragen musste.

In Europa war ebenfalls eine Vielzahl von Instituten betroffen, ausgehend von der britischen Bank Northern Rock, über die Lloyds Bank, Fortis oder die Kaupthing Bank in Island. Letztere musste auch ihre Geschäftstätigkeit einstellen. Durch die Pleite dieser Bank, die in den letzten Jahren mit hohen Tagesgeldzinsen vor allem private Anleger als Neukunden gewann, war auch eine hohe Zahl deutscher Geldanleger betroffen. Die gesamte Kreditkrise führte letztlich dazu, dass mit Island faktisch ein Staat Bankrott vermeiden musste.

Wie in einem Dominoeffekt setzte sich die ursprünglich aus dem Bankbereich entstandene Krise auch in anderen Finanz – und Wirtschaftszweigen fort. Die weltgrößte Versicherung AIG geriet ins Trudeln und konnte nur durch staatliche Kredite in vorher nicht ansatzweise für möglich gehaltenem Ausmaß – zumindest vorübergehend – gerettet werden. Spätestens ab Herbst 2008 sorgten dann dramatische Auftragsrückgänge auch in der Realwirtschaft für fehlendes Vertrauen und für eine in den letzten Jahrzehnten nicht gekannte weltweite Unsicherheit und Krisenstimmung. Von einem Moment auf den nächsten mussten zum Beispiel die Zugpferde der deutschen Wirtschaft – Maschinenbau und Automobilhersteller – Orderrückgänge von bis zu 50 % verzeichnen. Die bis in das Jahr 2009 andauernde Unsicherheit über die Existenz der deutschen Opel AG, die seit Jahrzehnten zum amerikanischen General Motors Konzern gehört, ist nur die Spitze des Eisberges.

In dieser depressiven Gesamtlage war es kein Wunder, dass sowohl die Kursentwicklung an den internationalen Börsen negativ war, als auch die Umsatztätigkeit im Laufe des Jahres wegen der starken Verunsicherung der Anleger kräftig abnahm. Rohstoffpreise, allen voran die Notierungen der verschiedenen Ölsorten, mussten im Jahr 2008 ebenfalls herbe Kursrückgänge verzeichnen. Lag der Ölpreis im Sommer mit 50% Kursanstieg bei teilweise USD 150, so brachen die Preise bis zum Jahresende auf ein Niveau von ca. USD 35 ein.

Dass der US Dollar trotz des durch die Staatshilfen resultierenden wesentlich höher geplanten Haushaltsdefizits für die nächsten Jahre nicht schwächer notierte, hing vor allem mit zwei Faktoren zusammen. Einerseits profitierte die Währung von der Liquiditätskrise in den USA selber – Anleger zogen in starkem Maße Investments aus dem Ausland ab und führten sie in die USA zurück. Andererseits war die Stärke des US \$ auch eine Schwäche des Euros – denn das schon vorweg benannte Beispiel Island machte deutlich, dass es um die Finanz- und Wirtschaftskraft vieler europäischer Staaten nicht gut bestellt ist.

Die massive Liquiditätsversorgung durch die Notenbanken sowie Staaten hat dazu geführt, dass sich der Rentenmarkt im abgelaufenen Jahr positiv entwickelt hat. Das Zinsniveau hat sich wieder deutlich ermäßigen können, so stellte sich die Umlaufrendite der 10-jährigen Bundesanleihe zum Jahresschluss auf 2,951%.

Gold, das zwischenzeitlich als Hort der Stabilität angesehen wurde und sogar über die Marke von USD 1.000 klettern konnte, verlor

Richtung Jahresende auch etwas Glanz und notierte zum des Berichtsjahres bei USD 882,05.

Als Fazit für das Jahr 2008 kann sicherlich neutral festgehalten werden, dass es das schwierigste und schlechteste Börsen- und Wirtschaftsjahr seit Jahrzehnten war und in vieler Hinsicht mit der Situation der Weltwirtschaftskrise in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts gleich dramatisch ausfällt.

GESCHÄFTSVERLAUF UND -LAGE

Die sich im Vorjahr abzeichnenden Rahmenbedingungen haben sich in 2008 dramatisch entwickelt. Entsprechend schwierig war das Geschäft für unsere Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Trotz der starken Kursrückgänge gerade zu Jahresbeginn 2008 ließ sich das Jahr noch recht zufrieden stellend an. Durch einen schnellen, umsatzunterlegten Rebound konnten ordentliche Erträge generiert werden. Diese wurden jedoch sukzessive im Jahresverlauf mehr als aufgebraucht. Erst durch einen fulminanten Schlussspurt im Zusammenhang mit der Abgeltungssteuer 2009 war es der Gesellschaft möglich, ein zwar nicht zufrieden stellendes, leicht negatives, für das Gesamtumfeld jedoch noch tragbares Ergebnis zu erzielen. Der in den letzten Tagen des Berichtsjahres aus steuerlichen Gründen erfolgte Schlussspurt machte sich vor allem im Fondshandel bemerkbar, da viele mittel- und langfristig orientierte Anleger lieber Fonds erworben haben, anstatt direkt in Einzelpapiere zu investieren.

Wie schon im Vorjahr war auch das Berichtsjahr geprägt von einer Reihe sehr bedeutender Einzelereignisse.

Zunächst wurde noch mit Optimismus der Bereich Endkundengeschäft vorbereitet. Unter dem Namen „Shark-Trading“ hatte die Gesellschaft nach den erforderlichen Tests in Kooperation mit einer dänischen Bank eine Handelsplattform zur Verfügung gestellt, auf der interessierte Anleger ihre Handelsgeschäfte in Aktien, Derivaten aber auch in CFDs durchführen konnten. Die nachhaltig schwierige Börsensituation hat aber u. a. dazu geführt, dass es uns nicht gelang, eine ausreichende Anzahl von Anlegern zu gewinnen, die über das System ihre Orders abwickeln wollten.

Vor diesem Hintergrund hat die Gesellschaft zur Vermeidung weiterer Kosten bei – absehbar unrealistischen Kundengewinnungszahlen für einen positiven Deckungsbeitrag – diesen Bereich wieder eingestellt.

Im Laufe des Jahres konnte die Gesellschaft einen Rechtsstreit wegen behaupteter Nichtigkeit einzelner Hauptversammlungsbeschlüsse in 2007 erstinstanzlich abwehren, d.h. die Klagen wurden mit Verkündung am 14.07.2008 abgewiesen. Da ein Kläger in einigen Klagepunkten in die zweite Instanz gegangen ist, zieht sich der Abschluss des Verfahrens voraussichtlich bis zumindest in den Herbst 2009.

Der geplante Ausbau der Skontroführungsaktivitäten an den verschiedenen Börsen gestaltete sich angesichts der schwierigen Marktlage und der zurückgehenden Umsätze schwierig. In der zweiten Jahreshälfte wurde der Gesellschaft jedoch die Übernahme eines Mitbewerbers herangetragen. Nach eingehender rechtlicher und wirtschaftlicher Due Diligence wurde von einem direkten Erwerb der Gesellschaftsanteile Abstand genommen, stattdessen wurde im Rahmen eines Asset Deals ausschließlich die Übernahme der Skontroführungsaktivitäten sowie der bereichsbezogenen Mitarbeiter der Concord Financial Intermediary GmbH (CFI GmbH) in Frankfurt vereinbart. Durch diese Übernahme hat die Gesellschaft die Position als Skontroführer am Platz Frankfurt mit Wirkung zum 01.11.2008 wesentlich verbessert, der Marktanteil konnte so von ca. 2 % auf ca. 7 % ausgebaut werden.

Dies war unter anderem im Hinblick auf die in 2009 anstehende zukünftige Verteilung von neuen Skontren am Platz Frankfurt von wesentlicher Bedeutung. Unter den betreuten Werten befinden sich im Aktienskontro neben der Deutsche Bank auch die Werte TUI, Fraport und Hamburger Hafen, allesamt Aktien mit interessanten Umsätzen und gutem Ertragspotential. Die neu erworbenen Skontren haben unsere Erwartungen hinsichtlich der Ertragsmöglichkeiten in schwierigem Marktumfeld erfüllt. Wir sind – auch unter den jetzigen Marktumständen – zuversichtlich, den gezahlten Kaufpreis für das Recht zur Skontroführung mittelfristig amortisieren zu können.

Die zum Erwerb der Skontren notwendigen Mittel hat sich die Gesellschaft durch eine Kapitalerhöhung im Verhältnis 4:1 zu EUR 4,00 beschafft. Der Mittelzufluss betrug insgesamt EUR 2.241.428,00. Hierzu wurde das Grundkapital um EUR 560.357,00 auf EUR 2.801.785,00 erhöht. Die Kapitalerhöhung ist durchgeführt und am 11.11.2008 ins Handelsregister eingetragen worden.

Die erhobene Sonderumlage per Bescheid der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen, Berlin (EdW), vom 18.12.2007, gegen die unsere Gesellschaft Widerspruch eingelegt hatte, wurde durch Bescheid der EdW vom 20.03.2009 aufgehoben. Die EdW verzichtet damit nicht auf Sonderbeitrags-erhebungen in der Zukunft. Ganz im Gegenteil dient die Aufhebung des ursprünglichen Sonderbeitrages durch die EdW dazu, den Bedenken des Verwaltungsgerichtes in Sachen Beitragserhebung Rechnung zu tragen. Das Thema Entschädigung für die Phönix-Anleger durch die EdW und die Verpflichtung der EdW-Mitglieder, die Entschädigungssummen durch Umlagen erbringen zu müssen, wird unsere Gesellschaft ebenso wie die Gerichte voraussichtlich über Jahre beschäftigen. Daher hat die Gesellschaft im März 2009 die bislang aus dem Sonderbeitragsbescheid bestehende Verbindlichkeit von TEUR 310 erfolgsneutral in die Rückstellungen umgegliedert.

Nach der Erteilung der aufsichtsrechtlichen Lizenz für das Bankgeschäft Finanzportfolioverwaltung (Vermögensverwaltung) konnte der Geschäftsbetrieb hierzu im Dezember 2008 aufgenommen werden.

Die SCHNIGGE AG hatte im Jahresabschluss 2007 den Fonds für allgemeine Bankrisiken mit EUR 2,18 Mio. dotiert. Diese Risikovorsorge wurde zu einem Zeitpunkt getroffen, da die Wertpapiermärkte wegen der tiefen Liquiditätskrise in eine nur schwer kalkulierbare Situation gerieten.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr musste der Fonds für allgemeine Bankrisiken jedoch wieder vollumfänglich aufgelöst werden. Ursache dafür war ein Verlust in Höhe von EUR 2,25 Mio. aus dem so genannten Gamma Trading; hinter diesem Geschäftsbereich verbirgt sich der Handel mit Aktien und darauf ausgegebenen Derivaten. Nachdem im Rahmen einer vom Aufsichtsrat zur Klärung der Verluste beauftragten Sonderprüfung Versäumnisse des Vorstands im Bereich Gamma Trading festgestellt worden sind, hat der Aufsichtsrat die seinerzeit amtierenden Vorstände wegen Verletzung ihrer Vorstandspflichten in Anspruch genommen (§ 93 AktG). Gleichzeitig wurde die Inanspruchnahme noch in 2008 der von der Gesellschaft für die Vorstände abgeschlossenen D&O Versicherung angezeigt. Dort wird der Vorgang zurzeit geprüft. Abhängig vom Ausgang dieser Prüfung erfolgt entweder eine (vollständige oder teilweise) außergerichtliche Regulierung des Schadens oder eine gerichtliche Geltendmachung gegenüber Vorständen bzw. Versicherung.

BILANZ- UND ERGEBNISENTWICKLUNG

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist mit dem operativ erwirtschafteten Ergebnis im Geschäftsjahr 2008 – trotz Berücksichtigung der katastrophalen Wirtschafts und Börsenlage – nicht zufrieden. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit lag bei minus EUR 0,2 Mio. nach EUR plus 0,2 Mio. im Vorjahr. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die ertragsrelevante Auflösung des in 2007 eingestellten Betrages von EUR 2,18 Mio. in den Fonds für allgemeine Bankrisiken den erlittenen Verlust im Geschäftsfeld Gamma Trading über kumuliert EUR 2,25 Mio. nahezu ausgleichen konnte. Ohne diesen Sondereffekt der Auflösung bzw. Bildung des Fonds für allgemeine Bankrisiken betrug unser Betriebsergebnis EUR – 2,4 Mio. nach EUR 2,4 Mio. im Vorjahr. Das Jahresergebnis belief sich auf TEUR – 201 nach einem Jahresüberschuss von TEUR 22 im Geschäftsjahr 2007.

Das Ergebnis aus Courtagen und Provisionen war im Geschäftsjahr 2008 mit EUR 3,1 Mio. um EUR 1,4 Mio. niedriger als im Vorjahr. Das Ergebnis aus Finanzgeschäften verschlechterte sich um EUR 2,7 auf EUR 0,8 Mio. (Vj. EUR 3,5 Mio.). Das Zinsergebnis einschließlich Dividenden betrug unverändert EUR 0,2 Mio.

Der Personalaufwand hat sich auf EUR 2,87 Mio. gegenüber EUR 3,47 Mio. in 2007 verringert, die anderen Verwaltungsaufwendungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr von EUR 2,46 Mio. um EUR 0,92 Mio. auf EUR 3,38 Mio. erhöht. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Rechts- und Beratungskosten um TEUR 462 auf TEUR 703. Hier sind insbesondere die entstandenen Kosten im Rahmen der Due Diligence Maßnahmen der erworbenen Skontren der CFI GmbH sowie der

Prüfung der Vorkommnisse im Zusammenhang der aufgetretenen Verluste im Geschäftsbereich Gamma Trading erwähnenswert.

Die sonstigen betrieblichen Erträge lagen mit EUR 0,15 Mio. unter denen im Vorjahr (EUR 0,28 Mio.).

Die Erhöhung der Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen um TEUR 113 auf TEUR 257 resultiert im Wesentlichen aus der seit November 2008 erforderlichen Abschreibung auf den immateriellen Wert der erworbenen Skontren.

Aufgrund einer negativen Entwicklung einer Forderung aus dem Umlaufvermögen wurde eine entsprechende Abschreibung in Höhe von TEUR 100 vorgenommen.

Aufgrund der enormen Umsatztätigkeit im Fondshandel zum Jahresende resultieren gegenüber dem Vorjahr erhöhte Bestände in Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren und innerhalb gewährter kurzfristiger Handelslinien korrelierend höhere Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Dadurch waren die liquiden Mittel zum Bilanzstichtag in Wertpapierbeständen gebunden und haben sich die Forderungen an Kreditinstitute stark verringert. Somit erhöhte sich die Bilanzsumme stichtagsbezogen auf EUR 18,2 Mio. gegenüber EUR 11,9 Mio. in 2007. Nach Abwicklung des hohen Jahresendgeschäfts hat sich unsere Bilanzstruktur Anfang Januar 2009 wieder entsprechend normalisiert.

Der Gesellschaft wird ein nachrangiges Darlehen in Höhe von EUR 1,0 Mio. zur Verfügung gestellt. Unter Einbezug dieses Darlehens, welches den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entspricht, verfügt die Gesellschaft über ein haftendes Eigenkapital von EUR 4,5 Mio.

Die grundsätzlich aufsichtsrechtlich begrenzten Geschäftsmöglichkeiten haben sich durch das erhöhte KWG-Eigenkapital verbessert. Es besteht aber weiterhin eine bedeutende Abhängigkeit der Erträge von der Börsenkonjunktur.

BERICHTE AUS DEN EINZELNEN GESCHÄFTSBEREICHEN

Innerhalb der Gesellschaft gliedern sich die grundsätzlich mit dem Wertpapierhandel zusammenhängenden Geschäftsbereiche weiter auf. Im Geschäftsbereich Handel in Eigenhandel, Skontroführung, außer- und vorbörslicher Aktienhandel sowie Retailgeschäft. Zum Geschäftsbereich Kapitalmarktgeschäft wird das Asset Management und Corporate Broking gezählt.

Eigenhandel

Im Rahmen des Eigenhandels werden Aktien sowie Rentenpositionen im Handelsbestand geführt. Hierzu zählt auch der Handel mit nicht notierten Werten (Telefonhandel) und mit Genussscheinen.

Skontroführung

Im Rahmen der Skontroführung führt der beauftragte Makler Angebot und Nachfrage zusammen und sorgt damit für die Preisfeststellung in den ihm von der jeweiligen Börse zugeordneten Wertpapieren.

Weiterhin sehr positiv im Gesamtergebnis des Jahres 2008 hat sich die Skontroführung für den Bereich offener Fonds an den Börsen entwickelt. Zwar war auch dieser Bereich durch die Kursentwicklung und überwiegende Anlagezurückhaltung während des Jahres geprägt, konnte aber zum Jahresschluss durch steuerinduzierte Käufe wegen der Einführung der Abgeltungssteuer zum 01. Januar 2009 hervorragend abschließen. Die laufende Neueinführung bisher nicht notierter Fonds wurde zwar fortgesetzt, konnte aber noch nicht zu wesentlichen Ertragsanstiegen beitragen. Der börsliche Fondshandel steht mittlerweile nicht mehr in der Kritik verschiedener Lobbygruppen, im Gegenteil wird er immer wieder als Beispiel für flexible, kostengünstige und transparente Handelsmöglichkeit herangezogen. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass viele Fondsgesellschaften wegen der besonderen Marktsituation die Rücknahme von Fondsanteilen für einen befristeten Zeitraum eingestellt haben. Der Börsenhandel ist dann der einzige offene Weg für Anleger, ihre Fondsanteile zu veräußern. Die Umstellung des Fondshandels am Börsenplatz Frankfurt auf XETRA II hat zu keiner nennenswerten Änderung der Umsatzlage geführt, es bleibt abzuwarten, ob sich der Marktanteil der Börse Frankfurt insgesamt vergrößern kann.

Sowohl die Skontroführung in Renten- als auch in Genussscheinen erwirtschafteten wiederum einen positiven Deckungsbeitrag zum Gesamtergebnis, wenngleich die Bedeutung dieser Marktsegmente auch im Jahr 2008 nicht die Ausmaße vergangener Jahre erreicht hat. Gerade der Genussscheinsektor war belastet durch die Angebotsstruktur. Die Mehrzahl der Genussscheine ist von Banken – so z.B. von der IKB – begeben worden. Da Genussscheine auch am wirtschaftlichen Misserfolg teilnehmen, haben viele Anleger versucht, ihre Bestände – bei geringem Kaufinteresse – abzustoßen. Dies führte zu teilweise kräftigen Kursverlusten bei vielen Genussscheinen.

Weiterhin gut hat sich die Aktienskontroführung am Börsenplatz Frankfurt entwickelt. Zwar litt dieser Marktbereich gleichfalls wie der gesamte Handelsbereich unter zurückgehenden Umsätzen. Allerdings konnte die Gesellschaft mit dem Zukauf von Skontren der CFI GmbH den Anteil der Skontren am Platz Frankfurt wesentlich ausweiten. Betreut werden jetzt unter anderem auch Werte wie Deutsche Bank oder TUI.

Negativ entwickelte sich die Aktienskontroführung in Düsseldorf. Die aus Wettbewerbssicht zur Gewinnung von Marktanteilen eingeführte Courtagebefreiung bei Orders bis EUR 5.000 Gegenwert führte bei gleichzeitig angestiegenen Abwicklungskosten für strukturell bedingte defizitäre Umsätze im Tagesgeschäft. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG überprüft für das

Jahr 2009 sowie die mittelfristige Zukunft die notwendigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für diesen Geschäftsbereich.

Retail

Der ursprünglich unter dem Bereich Retailgeschäft verstandene Geschäftsteil der Vermittlung von Versicherungen, Investmentfonds und anderen zulassungsfreien Produkten wurde bereits im Jahr 2004 durch Rückübertrag an den damaligen Partner, die OFL AnlagenLeasing AG, Dresden, eingestellt. Das diesem Geschäftsbereich grundsätzlich zugeordnete Geschäft der Abwicklung von Vermögenswirksamen Leistungen (VWL) wird noch für eine Übergangszeit bis zum Übertrag an einen neuen Abwickler zu unveränderten Konditionen von uns fortgeführt. Spätestens mit Beendigung der VL-Verträge durch Laufzeitende wird dieses Geschäft eingestellt.

Unter dem Markennamen „Shark-Trading“ hatte die Gesellschaft zwischenzeitlich versucht, neben der bisher bestehenden Betreuung von professionellen Kunden auch das Geschäft mit Endkunden abzudecken. Über einen Kooperationspartner, eine dänische Bank, wurde eine Handelsplattform zur Verfügung gestellt, auf denen Anleger sowohl klassische Aktiengeschäfte, aber auch Futures, Währungen und vor allem CFDs handeln konnten. Dieses für Deutschland eher neuartige, aus England stammende Produkt CFD ermöglicht es Anlegern ohne weiteres, auch Shortpositionen eingehen zu können. Gerade zu Zeiten fallender Kurse ist die Möglichkeit, Shortpositionen eingehen zu können, eine wesentliche Bereicherung für Anleger. Dennoch hat sich das Angebot nicht durchgesetzt. Die Akquise von Kunden über ausgerichtete Börsentage und Messen blieb jedoch weitgehend erfolglos. Aufgrund der vorherrschenden Börsenlage sah der Vorstand keine andere Möglichkeit, als den neuen Geschäftsansatz wieder einzustellen. Weiterer finanzieller Aufwand wäre bei erkennbar unrealistischer kostendeckender Neukundengewinnung nicht zu vertreten gewesen. Dieser Geschäftsbereich wurde Ende 2008 nicht mehr aktiv betrieben und formal Anfang 2009 eingestellt.

Vorbörslicher Handel

Der vorbörsliche Handel, früher wesentliche Stütze des Ertrags des SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, kam im Laufe des Jahres 2008 quasi zum Erliegen. Verschiedene Versuche von Emittenten, den Gang auf das Parkett mit einer Emission von Aktien zu verbinden, scheiterten aufgrund der krisenbedingt schlechten Nachfrage. Als Alternativlösung nutzen viele Gesellschaften die Möglichkeit, prospektfrei ohne IPO ihre Wertpapiere zumindest an den Börsen listen zu lassen.

Vor einer sich nicht allgemein festigenden Lage an den Börsen und einem verbesserten Anlegervertrauen sehen wir keine Chance, dass dieser Bereich in diesem Jahr positive Ergebnisbeiträge liefern kann.

Außerbörslicher Handel

Der Bereich des außerbörslichen Telefonhandels ist Bestandteil des Eigenhandels. Die negative Grundstimmung an den Börsen wirkte sich auch im Telefonhandel aus, sodass dort kaum Umsätze zu verzeichnen waren. Wie beim vorbörslichen Handel müssen sich erst die Rahmenbedingungen verbessern, bevor wir ein Anziehen dieses Geschäftsbereiches erwarten können.

Asset Management

Im Jahr 2007 hat die Gesellschaft einen Antrag auf Erlaubniserweiterung für den Bereich Finanzportfolioverwaltung eingereicht, der am 19.12.2007 von der BaFin genehmigt wurde. Die Geschäftsaufnahme konnte im Dezember 2008 mit einem Mandat gestartet werden. Je nach Marktlage wird über den maßvollen Ausbau nachgedacht. Insgesamt erwartet die Gesellschaft für das laufende Jahr einen kleinen positiven Ergebnisbeitrag.

Corporate Broking / Corporate Finance

Der Geschäftsbereich Corporate Finance umfasst im Wesentlichen die Aktivitäten rund um Börseneinführungen und Listings. Aufgrund des sehr wettbewerbsintensiven Umfelds hat die Gesellschaft entschieden, diesen Geschäftsbereich nicht mit entsprechend notwendigen Personalressourcen auszubauen. Durch einzelne vorbörsliche Investments mussten in 2008 negative Ergebnisbeiträge hingenommen werden.

Die potenziellen Erträge stehen im derzeitigen Marktumfeld aus Sicht der Geschäftsleitung in keinem angemessenen Verhältnis zu den entstehenden fixen Kosten sowie zum Risiko, welches sich aus der Übernahme von Aktien in das eigene Buch ergeben kann. Die Eigenkapitaldecke der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG sowie die zumeist fehlende Liquidität in diesen Titeln verbieten das Eingehen solcherlei Risiken. Folglich wurde der von der Hauptversammlung 2005 genehmigte Antrag auf Erlaubniserweiterung für den Bereich Emissionsgeschäft nicht gestellt. Vielmehr hat die Gesellschaft im Zuge des Erlaubniserweiterungsantrages für den Betrieb der Finanzportfolioverwaltung auch den Genehmigungstatbestand des Platzierungsgeschäftes mit beantragt und seitens der BaFin die Genehmigung erhalten. Hierüber verfügt die Gesellschaft nunmehr über die Möglichkeit, sich an – natürlich auch im heutigen Marktumfeld immer noch existenten – attraktiven Transaktionen zu beteiligen, ohne die Risiken einer Übernahme von Positionen auf die eigene Bilanz eingehen zu müssen. Der Genehmigungstatbestand des Platzierungsgeschäftes ist von der Hauptversammlung im Jahre 2008 gebilligt worden.

Das Geschäft mit Listings von Aktiengesellschaften aus dem In- und Ausland ist weiterhin attraktiv. Die Gesellschaft erwägt daher, dieses Angebot, erweitert um Serviceleistungen für die betreuten Unternehmen, zukünftig verstärkt anzubieten.

Beteiligungen

Ein aktives Beteiligungsgeschäft wurde im Jahr 2008 nicht durchgeführt und ist auch derzeit nicht geplant. Beteiligungen waren auf die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG als Rechtsnachfolgerin der Schnigge Beteiligungs AG durch Verschmelzung in 2003 übergegangen. Eventuelle Verkaufserlöse aus diesen verpfändeten Beteiligungen stehen vereinbarungsgemäß den ehemaligen Gläubigerbanken zu.

Zum 31. Dezember 2008 ist die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG mit einer Anteilsquote von 13,1 % nur noch an der econia AG i. L., Köln, beteiligt. Die Beteiligung ist auf einen Erinnerungswert von EUR 1,00 abgeschrieben. Die econia AG i. L. befindet sich seit 2003 in der Insolvenz.

PERSONALENTWICKLUNG

Zum 31. Dezember 2008 waren bei der Gesellschaft einschließlich der Mitglieder des Vorstandes 30 Mitarbeiter/innen beschäftigt. Der Zuwachs, der aus der Übernahme der Mitarbeiter der CFI GmbH resultiert, entspricht damit gegenüber dem Vorjahr (25 Mitarbeiter) 16,6 %. Aufgrund der schwierigen Märkte und der Einstellung von Teilbereichen sind für das Jahr 2009 keine Steigerungen der Mitarbeiteranzahl geplant.

Das in Relation zu den Marktturbulenzen in Teilbereichen recht gute Handelsergebnis hat der Vorstand zum Anlass genommen, neben dem an die Angestellten für ihre Leistung ausgesprochenen Dank auch eine adäquate, leistungs- und ertragsbezogene Tantieme auszuzahlen.

Neben der Ausstattung der Gesellschaft mit ausreichenden finanziellen Mitteln sind auch weiterhin die Mitarbeiter das wichtigste Kapital für das Unternehmen. Allen Kollegen gebührt einmal mehr der Dank für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit und die Fähigkeit, in Krisenzeiten gute Handelsergebnisse zu erzielen.

RISIKOBERICHT

Wie die jüngste Entwicklung nicht nur in unserem Unternehmen erneut beweist, ist in der Branche der Finanzdienstleister das Risikomanagement von zentraler, ja überlebenswichtiger Bedeutung und wird daher auch in unserer Gesellschaft angemessen weiterentwickelt. Als Wertpapierhandelsbank ist unsere Geschäftsentwicklung maßgeblich von dem Erfolg unserer Handelsgeschäfte und damit von den allgemeinen Entwicklungen an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten abhängig. Volatilität und Umsätze beeinflussen unser auch durch den Eigenhandel geprägtes Geschäft.

Die Abteilung Risiko-Controlling ist zuständig für das frühzeitige Erkennen, Bewerten, Steuern und Überwachen aller Risiken unseres Geschäftsbetriebes. Sie ist direkt dem zuständigen Vorstand unterstellt und berichtet an ihn. Im Fall des Verlustes aus dem Geschäftsbereich Gamma Trading hat sich herausgestellt, dass die eingesetzten Systeme zur Kontrolle nicht ausreichend und adäquat waren.

Um unkontrolliertes und ungewolltes Anwachsen der Risikopositionen zu verhindern, erfolgt die Steuerung auf der Basis festgelegter geschäfts- und risikopolitischer Grundsätze. Diese sind in unserer Risikostrategie definiert und konkret in den Handelsrichtlinien verankert. Darüber hinaus hat die Gesellschaft eine interne Allokation der Eigenmittel auf die einzelnen Risikoarten vorgenommen. Als Maßkennziffer für Risiken werden die Bestände einer Value at Risk – Berechnung (VaR) unterzogen.

Das Risikoreporting erfolgt auf der Grundlage verschiedener gesetzlicher Vorgaben und aufsichtsrechtlicher Anforderungen wie dem Aktiengesetz, dem Kreditwesengesetz sowie den Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute.

Für die Durchführung des operativen Geschäftes wurden intern klare Regeln und Grenzen festgelegt. Die einzelnen Geschäftsbereiche wurden für alle Risikoarten sensibilisiert und auf das ertragsorientierte Eingehen von Risiken ausgerichtet.

Als relevante Risiken für den Geschäftsbetrieb der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG sind folgende identifiziert worden: Adressenausfallrisiken, Marktrisiken, Liquiditätsrisiken, operationale Risiken, IT-Risiken, rechtliche und strategische Risiken.

Adressenausfallrisiken

Adressenausfallrisiken bedeuten die Gefahr des Ausfalls von vertraglich zugesagten Leistungen oder entgangenen Gewinnen durch einen Vertragspartner. Wir unterscheiden hier zwischen Emittentenrisiken und Kontrahentenrisiken.

Die Emittentenrisiken sind zu berücksichtigen, weil die Möglichkeit der Insolvenz eines Unternehmens besteht, dessen Anteile wir im Bestand halten. Diese Risiken werden permanent, auch untertäglich, in Aktiennettopositionen einzelner Gattungen überprüft, für die jeweils feste Limite vorgegeben sind. Nur der Vorstand kann Ausnahmen hiervon vorab genehmigen.

Kontrahentenrisiken können bei der Abwicklung von Handelsgeschäften mit institutionellen Kunden entstehen, weil ein Handelspartner ausfallen kann und somit seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Kontrahentenrisiken sind in dem von unserer Gesellschaft durchgeführten Geschäft zu vernachlässigen, da wir fast ausschließlich mit Instituten handeln, die börsenzugelassen sind bzw. wir das Geschäft über eine Clearingstelle eiten, die als Vertreter beider Seiten operiert und das jeweilige Geschäft erst abwickelt, wenn beide Parteien ihre Vertragsverpflichtungen erfüllt haben.

Marktpreisrisiken

Als Markt- und Marktpreisrisiken ist u. a. das Aktienkursänderungsrisiko, das Zinsänderungsrisiko und das Devisenkursrisiko anzusehen. Für unsere Geschäftsbereiche ist im Wesentlichen das Aktienkursänderungsrisiko von Bedeutung.

Die Risiken aus den Wertpapierpositionen werden permanent gemessen und überwacht, um sie so gering wie möglich zu halten. Die Steuerung hat zum Ziel, Kurschancen unter Beachtung eines minimalen Risikos zu nutzen.

Die Marktrisiken werden täglich von der Controlling-Abteilung nach Art und Höhe ermittelt. Der Vorstand hat für die einzelnen Händler Limite beschlossen, die in den Handelsrichtlinien zusammengefasst und die von jedem Händler einzuhalten sind. Ausnahmefälle sind vorab vom Vorstand zu genehmigen.

Vor allem im Rahmen der Stillhalteverpflichtungen an den Börsen, welche die Gesellschaft als Skontroführer eingehen muss, ergeben sich solche Marktpreisrisiken. Bei der Skontroführung offener Fonds ist in den Börsenregeln der Börsen Hamburg und Düsseldorf verankert, dass Geschäfte, die wegen eines Ausgabe- oder Rücknahmestopps der Fondsgesellschaft nicht mehr glattgestellt werden können, nachträglich unmittelbar storniert werden dürfen. Dies minimiert die Risiken des Stillhaltens für Fondsanteile künftig auf das reine Kursänderungsrisiko.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken bestehen durch die Nichterfüllung vertraglicher Zahlungsverpflichtungen und aufgrund mangelnder Liquidität / Umsätzen in engen Märkten. Da wir nur in geringem Umfang in diesen Märkten Eigenhandelsgeschäfte betreiben, ist dieses Risiko als gering einzustufen.

Das Risiko der Liquiditätsknappheit besteht grundsätzlich auch bei unserer eigenen Gesellschaft. Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko der Bank, gegenwärtige und zukünftige Zahlungsverpflichtungen nicht fristgerecht oder in erforderlichem Umfang erfüllen zu können. Neben einem internen Liquiditätsscreening findet zudem eine Überwachung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht sowie die zuständige Bundesbank aufgrund von monatlichen Meldungen statt. Nach aufsichtsrechtlichen Anforderungen gilt die Liquidität als ausreichend, wenn die innerhalb von 30 Tagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die während dieses Zeitraumes bestehenden Zahlungsverpflichtungen abdecken. Die Gesellschaft hat im Berichtszeitraum die aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen jederzeit erfüllt.

Operationale Risiken

Diese Risiken beziehen sich auf alle Risiken, die mit unserer laufenden Geschäftstätigkeit verbunden sind. Unerwartete Fehler in Prozess- und Arbeitsabläufen und Schwachstellen in allen Unternehmensbereichen können solche Risiken mit sich

bringen. Im für alle Mitarbeiter verbindlichen Unternehmenshandbuch werden qualitative Anforderungen an die einzelnen Prozesse sowie interne Kontrollen vorgegeben. Zusammen mit dem Einsatz qualifizierter Mitarbeiter minimieren wir diese Risiken in der Gesellschaft. Zur Überwachung wurde im Geschäftsjahr eine Schadensdatenbank eingeführt.

Wesentliche Risikobereiche werden seitens der Gesellschaft nicht direkt abgedeckt, sondern über Kooperationspartner gewährleistet, die in diesen Bereichen über weit höhere Erfahrungen und Referenzen verfügen. So ist die Clearingfunktion auf eine Abwicklungsbank übertragen, die gegenüber Dritten und den Börsen die Abwicklungserklärung für alle durch unser Haus getätigten Geschäfte übernommen hat. Durch die Auslagerung minimiert die Gesellschaft die Clearing- und Settlementrisiken. Darüber hinaus werden gerade Settlementrisiken auch von unserer Seite einer besonderen Betrachtung unterzogen, indem interne Kontrollen hier für zusätzliche Sicherheiten sorgen sollen.

Die Auslagerung der hochtechnisiert durchgeführten Geld- und Stückerbuchhaltung stellt überdies sicher, dass die Positionsführungsdaten ständig von dritter Seite überprüft und auf Plausibilität überwacht werden. Das Risiko, auf falsche Bestandsangaben aufzusetzen, wird durch diese Auslagerung minimiert.

Clearingrisiken, die sich aus dem Handelskontrahenten ergeben, werden separat betrachtet.

Operationelle Risiken sind nie ganz auszuschließen, können in allen Bereichen jederzeit auftreten und bedürfen einer kontinuierlichen Identifizierung und Überwachung.

Das Ausscheiden von Schlüsselmitarbeitern könnte zu einer überproportionalen Reduzierung der Erträge führen.

IT-System-Risiken

Risiken bestehen auch bei Fehlfunktionen der EDV-Systeme. Die redundante Ausrichtung der Systeme sowie die permanente Überwachung sichern die dauernde Verfügbarkeit. Dennoch kann es zu Störungen kommen, welche sich negativ auf unsere Geschäftstätigkeit auswirken. Diese Risiken bestehen auch bei Systemen, mit denen wir börsenseitig verbunden sind, wo Störungen selten und kurzfristig sind, aber nicht generell ausgeschlossen werden können.

Die Gesellschaft trägt diesen Risiken Rechnung, indem sie neben der Nutzung von Systemredundanzen in der Lage ist, an verschiedenen Standorten die Tätigkeiten sowohl von den Kenntnissen der Mitarbeiter als auch von den technischen Ausstattungen her durchführen zu können.

Rechtsrisiken

Rechtliche Risiken können dadurch entstehen, dass abgeschlossene Verträge rechtlich nicht durchgesetzt werden können, Ver-

pflichtungen aus Vertragsverhältnissen nicht ein gehalten werden oder auch aus ungewollten rechtlichen Verpflichtungen. Die Steuerung der rechtlichen Risiken erfolgt im Wesentlichen durch die Einschaltung von externen Rechtsberatern vor Abschluss von Verträgen. Dadurch sollen juristische Fehler und die damit verbundene mögliche Angreifbarkeit von Vereinbarungen weitestgehend unterbunden werden. Darüber hinaus setzt die Gesellschaft in den wenigen über den Handel hinausgehenden Bereichen Standardverträge ein. Für Teilbereiche des Handels (Pre-IPO Handel) sind Sonderbedingungen erlassen worden, nach denen sich der Handel vollzieht.

Strategische Risiken

Negative Veränderungen des Marktumfeldes können in der derzeitigen Lage der Gesellschaft das Erreichen der vollen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beeinträchtigen und stellen ein potenzielles Risiko dar.

Die Gesellschaft hat daher ein großes Interesse, Erträge weitestgehend zu thesaurieren. Eine innere Finanzstärke der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG hat zur Folge, dass neue Geschäftsbereiche ohne risikoreiche Fremdfinanzierungen realisiert werden können. Darüber hinaus ist ein finanzielles Polster auch und besonders vor dem Hintergrund der zyklischen Börsenbewegungen notwendig. Eine negative Veränderung des Marktumfeldes kann damit einhergehend auch stark reduzierte Erlöse zur Folge haben. Eine nicht ausreichende Finanzkraft stellt eine Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zumindest übergangsweise bis zur Anpassung der Strukturen innerhalb der Gesellschaft dar. Außerdem wird die Zuteilung von Skontren oder ähnlichen Betreuungsmandaten durch die Börsen zukünftig wesentlich auch von der Eigenkapitalausstattung abhängen. Gleichzeitig ist die Gesellschaft bemüht, durch eine angemessene Gewinnausschüttung auch den Anspruch der Aktionäre auf eine Dividende zu berücksichtigen, sofern nicht strategische Belange der Gesellschaft dem im Wege stehen.

Die Gesellschaft verzichtet zudem derzeit auf das Führen eines Anlagebuches oder gar eines Geschäftsbereichs Beteiligungen. Nur das Eingehen von Handelsbuchpositionen erlaubt die kurzfristige Flexibilität, auf sich ändernde Marktsituationen reagieren zu können.

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bemüht sich, zur größtmöglichen Flexibilisierung zudem mögliche vertragliche Verpflichtungen so kurz laufend wie möglich und wirtschaftlich sinnvoll zu halten. Dies soll gewährleisten, dass im Falle nachhaltig negativer Markttendenzen den neuen Gegebenheiten möglichst kurzfristig durch Kürzung entsprechender Ressourcen Rechnung getragen werden kann.

Das Tätigkeitsfeld der Gesellschaft, der Handel mit Wertpapieren, ist naturgemäß mit hohen Kursänderungsrisiken verbunden. Diese können aus einem Wertpapier an sich, jedoch auch indirekt über Zinsänderungs-, Währungs- oder auch politischen

Risiken entstehen. Wesentliche Bedeutung für den Erfolg der Gesellschaft haben daher der sensible Umgang mit den vorgenannten Risiken und vor allem eine permanente Überwachung dieser Risiken. Neben Vorgaben zur Art und Größe der Positionen innerhalb von Handelsrichtlinien werden die Positionen permanent realtime hinsichtlich Größenordnung der Gesamtposition, der Einzelposition und möglicher unrealisierter Verluste überwacht. Verantwortliche Mitarbeiter und die entsprechenden Vorstände werden durch automatisierte Systemhinweise auf das Erreichen von Verlustgrenzen hingewiesen. Im Bedarfsfall kann dann zeitnah reagiert werden, um mögliche Verluste aus Positionen zu vermeiden.

Da die Gesellschaft ihre Geschäfte mit an den Börsen zugelassenen Handelspartnern auf hoch technisierter und standardisierter Basis abwickelt, sind Risiken aus unüberschaubaren Handelsgeschäften nicht gegeben. Die Kombination der Maßnahmen stellt sicher, dass – trotz des mit dem Geschäft verbundenen grundsätzlichen Kursänderungsrisikos – die Risiken überschaubar und für das Unternehmen zu handhaben sind. Zukünftig wird die Gesellschaft als Erfahrung aus dem Geschäftsbereich Gamma Trading dafür Sorge tragen, dass Geschäfte in Bereichen, für die noch keine adäquate technisierte Risikoüberwachung möglich ist, nicht durchgeführt werden.

Risiken der derzeitigen Finanzmarktkrise

Die Gesellschaft ist als Wertpapierhandelsbank nicht über entsprechende eigene Handelsbestände direkt von der Finanzmarktkrise betroffen. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG hat z. B. keinerlei Subprime-Papiere oder Derivate im Bestand.

Allerdings ist die Gesellschaft indirekt von der Finanzmarktkrise und der durch sie ausgelösten Unsicherheiten betroffen:

Fondshandel:

Die Gesellschaft handelt eine Reihe von Fondsanteilen, die ABS-Produkte als Bestandteile ihrer Investments führen. Diese – meist Geldmarktfonds – sind in der jüngsten Vergangenheit entweder von kräftigen Wertkorrekturen und/oder von vorübergehender Schließung betroffen gewesen. Es ist nicht auszuschließen, dass sich dies fortsetzt und SCHNIGGE Gefahr läuft, im Handel entsprechende Positionen aufnehmen zu müssen und nicht liquidieren zu können.

Durch die weltweite Liquiditätskrise sind weitere Fonds in Bedrängnis geraten. Dem Abzug von Anlegergeldern konnte nur durch die – zeitlich befristete – Schließung des Fondsvermögens für Rückgaben begegnet werden. Insbesondere Immobilienfonds waren zum Jahresende von Schließungen betroffen, die sich bis in das Jahr 2009 hineinziehen werden.

Allgemeine Börsensituation / Börsenhandel:

Die Krisenstimmung hat zu einer deutlichen Zurückhaltung der privaten wie auch institutionellen Anleger bei Anlagen geführt. Neben dem spürbaren Umsatzrückgang ist zudem ein dramati-

scher Kursrückgang festzustellen. Die Erträge der Gesellschaft sind somit indirekt durch niedrigere Umsätze einerseits sowie des Weiteren durch eine niedrigere Kursbasis belastet. Risiken aus Stillhaltepositionen im Rahmen der Skontrofführung steigen bei zurückgehenden Umsätzen und gleichzeitig anziehender Volatilität. Generell wirken sich erfahrungsgemäß Märkte mit fallenden Notierungen nachteilig auf die Erträge eines Maklers aus.

Risiko der Refinanzierung:

Die Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass die Handlungsmöglichkeiten im Rahmen der Eigenmittel durch Fremdkapital in Form von Lombardkrediten – zumindest temporär – erhöht werden. Hierzu werden bei der Hausbank gehaltene Wertpapiere nach von der Hausbank vorgegebenen Kriterien beliehen. Eine Änderung der Kreditvergabe wegen der Liquiditätskrise oder aber eine Veränderung der Beleihungssätze kann somit gravierende negative Auswirkungen auf die Handlungsmöglichkeiten wie auch auf die Liquiditätsslage der Gesellschaft haben. Derzeit sind solche Maßnahmen nicht erkennbar.

CHANCEN UND RISIKEN ZUKÜNFTIGER ENTWICKLUNGEN

Änderungen der Börsenstrukturen

Die Gesellschaft ist als Skontrofführer tätig. Skontren werden von einer Börse einem Makler zur Betreuung überlassen. Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG konnte im Geschäftsjahr 2008 eine Verlängerung ihrer Skontrofführertätigkeit in Düsseldorf für 12 Monate Laufzeiten erreichen. Nach Ablauf dieser Laufzeit wird turnusgemäß erneut über die Vergabe der Skontren entschieden. An der Börse Frankfurt steht im Herbst 2009 eine erneute Skontrenverteilung an. Dies betrifft auch die in 2008 von der CFI GmbH erworbenen Skontren.

Die Gesellschaft wird das ihrerseits Notwendige dazu beitragen, durch Investitionen in erforderliche Technik, geeignete Mitarbeiter und das Einhalten vorgegebener Qualitätsrichtlinien, die Eignung als Skontrofführer den verschiedenen Handelsplätzen nachzuweisen.

Trotz aus Sicht der Gesellschaft derzeit hinreichender Darlegung der Eignung als Skontrofführer kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich zukünftig eine Börse zur Umverteilung von Skontren entschließt. Im schlimmsten Fall können der Gesellschaft alle Skontren entzogen werden, was wesentliche negative Auswirkungen auf die Ertragslage hätte. Auch kann sich eine Börse dazu entscheiden, die Rahmenbedingungen für die Betreuung von Wertpapieren zu ändern. Damit könnte die derzeitige Funktion des Skontrofführers wegfallen und zu geänderten, negativeren Bedingungen z.B. im Rahmen eine Spezialistenfunktion fortgeführt werden.

Der Markteintritt weiterer Börsen in den Fondshandel birgt für die Ertrags- und Geschäftslage der Gesellschaft gleichermaßen Chancen wie Risiken. Auf der einen Seite kann dies zu einem Verdrängungswettbewerb unter den Börsenplätzen führen und damit die bestehenden Erträge schmälern. Auf der anderen Seite ist das Marktsegment noch so jung, dass ein breites und kräftiges Marktwachstum möglich erscheint, von dem alle Handelsplätze profitieren.

Die Umstrukturierungen der deutschen Börsenlandschaft können negative Effekte für das Maklergeschäft allgemein haben. Die Veränderung der Position der Deutsche Börse AG auf der einen und die Einführung neuer elektronischer Handelssysteme (sog. MTFs) auf der anderen Seite können zu einem Wegbrechen des maklergestützten Handels führen. Auch dies hätte gravierende negative Auswirkungen auf die Ertragslage der Gesellschaft.

Aktuelle Anlässe, die das Eintreten der geschilderten Umstrukturierungen befürchten lassen, sind derzeit zwar erkennbar, werden sich im kommenden Geschäftsjahr aber aller Voraussicht nach noch nicht substantiell auf unser Unternehmen niederschlagen.

Zurzeit stehen veränderte Vergütungsmodelle der Skontroführer in der Diskussion, die die bisher bestehende Courtageregelung durch andere Modelle ablösen würde. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass mit einer Änderung gleichzeitig ein Rückgang der Vergütung für Maklerhäuser verbunden ist.

Rechtsrisiken

Im Geschäftsjahr 2008 war die Gesellschaft in mehrere Prozesse eingebunden.

Die Gesellschaft hat Widerspruch und Klage gegen den Jahresbescheid 2007 der EdW eingelegt, da nach unserer Auffassung die Berechnung der beitragsrelevanten Bruttoerträge aus Finanzgeschäften nicht korrekt erfolgt ist. Das Verfahren ist vor dem Verwaltungsgericht Berlin anhängig, eine Entscheidung ist noch nicht gefallen.

Ferner hat die Gesellschaft gegen den Sonderbeitragsbescheid der EdW in Sachen Phoenix Widerspruch eingelegt. Mit Abhilfebescheid vom 20.3.2009 wurde der Sonderbeitragsbescheid vom 18.12.2007 aufgehoben, die Kosten des Verfahrens trägt die EdW. In welcher Höhe Zahlungsverpflichtungen auf die Gesellschaft zukommen, ist derzeit weder abschließend zu beantworten noch objektiv nachvollziehbar zu berechnen. Diese Problematik haben alle in der EDW eingebundenen Zwangsmitglieder.

Gegen die Gesellschaft sind mehrere Anfechtungsklagen anhängig. Die Anfechtungsgründe beziehen sich auf angebliche Formfehler bei Einladungsfristen zur Hauptversammlung 2007, eine fehlerhafte Feststellung des Jahresabschlusses 2006 sowie die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes. Der Vorstand hält diese

Klagen für ohne Anspruchsgrundlage und hat sich bewusst nicht um einen außergerichtlichen Vergleich mit den Klägern bemüht. Die Erstinstanz wurde bereits zu Gunsten der Gesellschaft am 14.7.2008 entschieden. Da ein Kläger in einigen Klagepunkten in die zweite Instanz gegangen ist, zieht sich der Abschluss des Verfahrens voraussichtlich bis zumindest in den Herbst 2009.

Ertragsrisiken

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Kosten der Gesellschaft kalkulier- und damit steuerbar sind, die Erträge dagegen nicht. Die Gesellschaft ist aufgrund der Erfahrungen der ersten drei Handelsmonate des Jahres 2009 noch zurückhaltender hinsichtlich der Ergebnisplanung geworden als im letzten Jahr. Die letztjährige Vorsicht und der Hinweis auf die durch die Finanzwirtschaft ausgelöste Weltwirtschaftskrise waren berechtigt, und auch in diesem Jahr sieht der Vorstand keine Anzeichen einer aufgehellten Stimmung und einer Verbesserung des Anlegervertrauens. Eine belastbare Ergebnisplanung erscheint vor diesem Hintergrund nur schwerlich möglich, der Vorstand hofft jedoch trotz der negativen Gesamtsituation, ein leicht positives Ergebnis erwirtschaften zu können.

ZWEIGNIEDERLASSUNG

Die Gesellschaft unterhält eine Zweigstelle in Frankfurt.

Der Ausbau der Handelstätigkeit in der Zweigniederlassung Frankfurt hat sich auch im abgelaufenen Geschäftsjahr fortgesetzt. So konnte die Gesellschaft im Rahmen der Skontroübernahmen der CFI GmbH sechs Skontroführer übernehmen.

ANGABEN ZUR VERGÜTUNGSSTRUKTUR FÜR DIE ORGANMITGLIEDER

Vergütung des Vorstandes

Der Vorstand erhält für seine Tätigkeit eine feste monatliche Grundvergütung sowie einen Firmenwagen zur Verfügung gestellt. Wird der Firmenwagen nicht in Anspruch genommen, wird der Gegenwert vergütet. Der Gesamtvorstand erhält eine variable Vergütung (Tantieme), die am operativen Ergebnis anknüpft, vom Vorstand aufzuteilen ist und durch den Aufsichtsrat genehmigt wird.

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Tätigkeit des Aufsichtsrats wird durch Sitzungsgelder vergütet. Diese betragen für den Vorsitzenden EUR 1.500, den stellvertretenden Vorsitzenden EUR 1.125 und die weiteren Mitglieder EUR 750 pro Sitzung.

ANGABEN ZUR KAPITALSTRUKTUR – ÜBERNAHMERELEVANTE INFORMATIONEN

Zusammensetzung des Grundkapitals

Das Grundkapital beträgt EUR 2.801.785,00. Das Grundkapital ist eingeteilt in 2.801.785 auf den Inhaber lautende nennwertlose Stückaktien. Der rechnerische Nennbetrag pro Aktie beträgt EUR 1,00. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Alle Rechte und Pflichten ergeben sich aus dem Aktiengesetz, insbesondere aus den §§ 12, 133 und 174.

Beteiligungen am Grundkapital der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG

Großaktionär der Gesellschaft ist seit dem 19. Dezember 2007 die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt, welche zum Bilanzstichtag 90,14% der Stückaktien hielt. Die sonstigen Anteile befinden sich in Streubesitz. Der Großaktionär erwarb im Rahmen eines Pflichtangebotes von außenstehenden Aktionären der Gesellschaft Aktien zu einem Preis von EUR 10,14 je Aktie. Das Angebot war bis zum 11. März 2008 befristet.

Weitere Aktien erwarb der Großaktionär durch Überbezug von nicht durch dritte Aktionäre ausgeübten Bezugsrechten im Rahmen der Kapitalerhöhung. Ein Mehrbezug war allen Aktionären möglich, somit ist der Gleichbehandlungsgrundsatz eingehalten worden.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über / Satzungsänderungen

Hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften für die Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands verweisen wir auf die §§ 84, 85 AktG und hinsichtlich der gesetzlichen Vorschriften für die Änderung der Satzung auf §§ 133, 179 AktG.

Die Satzung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bestimmt Folgendes:

Die Hauptversammlung fasst ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes vorschreibt. Dabei gilt Stimmenthaltung nicht als Stimmabgabe. Sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, ist, sofern das Gesetz nicht zwingend weitergehende Erfordernisse aufstellt, außer der Mehrheit der abgegebenen Stimmen eine Mehrheit von $\frac{3}{4}$ des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals erforderlich.

Befugnisse des Vorstands zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien

Informationen zu den Befugnissen des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen, sind im Anhang des Jahresabschlusses unter dem Punkt „Eigenkapital“ aufgeführt.

Der Vorstand wurde durch die Hauptversammlung vom 30. August 2005 zu einer Kapitalerhöhung (genehmigtes Kapital 2005) ermächtigt. Der Vorstand ist hierbei ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates über den Ausschluss des Bezugsrechtes zu entscheiden. Das Bezugsrecht kann ausgeschlossen werden:

- um Spitzenbeträge vom Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen,
- bei Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen zur Gewährung von Aktien zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen an Unternehmen,
- bei Kapitalerhöhungen gegen Bareinlagen, wenn der Ausgabebetrag der Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien gleicher Gattung und Ausstattung nicht wesentlich im Sinne der §§ 203 Abs. 1 und 2, 186 Abs. 3 Satz 4 unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechtes ausgegebenen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten, und zwar weder im Zeitpunkt der Erteilung oder im Zeitpunkt des Wirksamwerdens noch im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung,
- um Inhabern von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, die von der Gesellschaft ausgegeben werden, ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung ihres Wandlungs- bzw. Optionsrechts zustehen würde, jedoch nur, soweit die Aktien nicht bereits aufgrund eines bedingten Kapitals gewährt werden können.

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG hat keine wesentlichen Vereinbarungen getroffen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen. Auch wurden den Mitgliedern des Vorstands und Arbeitnehmern keine Entschädigungen im Falle eines Übernahmeangebots zugestanden.

BESONDERE EREIGNISSE NACH SCHLUSS DES GESCHÄFTSJAHRES

Aufhebung des EdW Sonderbescheides

Die EdW hat den Sonderumlagebescheid, gegen den die Gesellschaft Widerspruch eingelegt hatte, mit Bescheid vom 20.03.2009 zurückgezogen. Allerdings ist davon auszugehen, dass die EdW nicht endgültig davon Abstand genommen hat, Sonderumlagen zu erheben. Stattdessen gehen wir davon aus, dass versucht wird, ein rechtssichereres neues Verfahren aufzusetzen, um dann Sonderumlagen zu erheben.

Börsenratsitzung Frankfurt in Bezug auf Skontrozuteilung

Der Börsenrat Frankfurt hat in seiner Sitzung am 26. März 2009 die Weichen dafür gestellt, dass – nach einer erneuten zeitlich noch unbekanntem Zuteilungsperiode für die Skontroföhrung – die Funktion des Skontroföhrers abgeschafft werden könnte. Details sind derzeit noch nicht bekannt, es könnte aber der Startschuss für eine Systemänderung gewesen sein, die sich langfristig negativ auf unser Unternehmen auswirken könnte.

AUSBLICK

Der sehr vorsichtige Ausblick des letzten Jahres mit Verweis auf eine mögliche Rezession hat sich als richtig herausgestellt. Leider bestehen auch in diesem Jahr beim Ausblick mehr Grund zur Sorge und Vorsicht als zu Zuversicht.

Die Weltwirtschaft befindet sich in der schwersten Rezession seit Jahrzehnten, viele Volkswirte vergleichen die Lage mit der großen Depression ausgangs der 1920er Jahre. Auftragseingänge sind weg gebrochen, das Verbrauchervertrauen schwindet, das Weltfinanzsystem ist höchst instabil – alles keine guten Voraussetzungen für ein gutes Börsenjahr.

Die ersten drei Monate des neuen Börsenjahres haben sich demnach auch wieder als sehr schwierig präsentiert – weiter zurückgehende Börsenumsätze, starke Kursverluste gefolgt von kräftiger Erholung.

Das im Vorjahr skizzierte Ertragsproblem unserer Gesellschaft in einem solchen Fall hat sich bewahrheitet, die Gesellschaft ist bemüht, dennoch ein leicht positives Ergebnis für dieses Jahr zu erzielen.

Eine der größten weltwirtschaftlichen Herausforderungen für die Jahre 2010/11 wird sein, möglichen Inflationsszenarien gegenüber Antworten zu finden. Eine Entschuldung der in die Wirtschaft über Mittelaufnahme gepumpten Liquidität kann nur durch zwei Wege erfolgen – entweder durch ein sehr gute Weltkonjunktur – und die ist derzeit nicht zu sehen – und entsprechend zeitnahe Rücknahme der heraus gelegten Mittel über eine entsprechende Geldpolitik oder aber durch Inflation. Frei nach dem Motto „nach Deflation kommt Inflation“, sehen nicht nur wir die derzeitigen

Hilfsmaßnahmen mit großer Sorge. Wenngleich es keine großen Alternativen hierzu gab und gibt. Es ist im derzeit schwierigen Spagat der handelnden Personen / Institutionen zu verhindern, dass alle Anleger, die nicht in Sachwerten investiert sind, über die Inflation die Hilfsmaßnahmen letztendlich über ihren realen Vermögensverlust bezahlen müssen.

Die derzeitige Krisenlage an den Weltmärkten zeigt, dass eine gute Kapitalausstattung und Liquiditätssituation notwendig ist, um durch solch ein außergewöhnliches Wellental zu kommen. Nur eine ausreichende Eigenkapitalbasis erlaubt es, die anstehenden Positionierungen im Wettbewerb erfolgreich zu bestehen.

Bei aller gebotenen Vorsicht für das Jahr 2009 – Krisen haben immer wieder gezeigt:

Nach der Krise kommt der Aufschwung! Gelingt es der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, die derzeitige Situation gut zu überstehen, so sind wir sehr zuversichtlich, dass sich aller abzeichnenden Änderungen der Börsenlandschaften zum Trotz die Gesellschaft langfristig gut und erfolgreich im Markt etablieren kann. Sollte sich die derzeit depressive Stimmung etwas aufhellen, so können wir uns auch von der Börsenkursentwicklung her zum Jahresende wieder positivere Kursniveaus vorstellen.

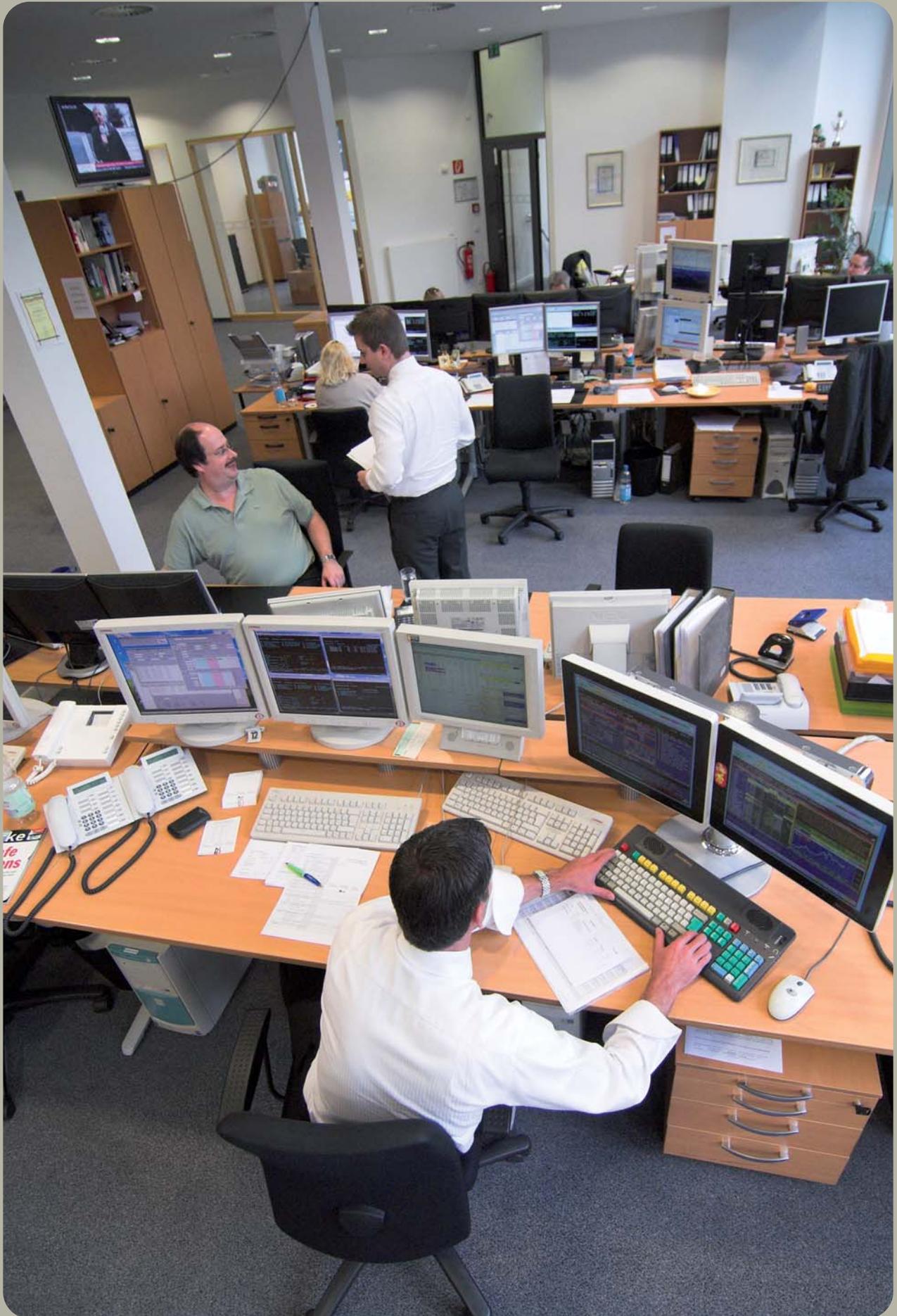
SCHLUSSEKLRÄUNG DES ABHÄNGIGKEITSBERICHTS

Der Vorstand erklärt, dass die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgeführten Rechtsgeschäften nach Umständen, die dem Vorstand in dem Zeitpunkt, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bekannt waren, eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Die Gesellschaft ist nicht benachteiligt worden. Berichtspflichtige Maßnahmen haben im Geschäftsjahr nicht vorgelegen.

Düsseldorf, den 31. März 2009

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

Florian Weber Martin Liedtke



>> Jahresabschluss 2008

BILANZ ZUM 31.12.2008

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 2008

ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2008

>> Bilanz zum 31. Dezember 2008

AKTIVA	Stand am EUR	Stand am 31.12.2008 EUR	31.12.2007 TEUR
1. Barreserve Kassenbestand		158,20	0
2. Forderungen an Kreditinstitute			
a) täglich fällig	80.864,53		3.397
b) andere Forderungen	80.401,53		90
		161.266,06	3.487
3. Forderungen an Kunden			
darunter:			
an Finanzdienstleistungsinstituten			
EUR 0,00 (i. V. TEUR 0)		12.719,29	367
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Anleihen und Schuldverschreibungen			
a) von anderen Emittenten			
darunter:			
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank			
EUR 0,00 (i. V. TEUR 0)		365.482,60	111
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		15.409.938,74	7.290
6. Beteiligungen			
darunter:			
an Kreditinstituten EUR 0,00 (i. V. TEUR 0)			
an Finanzdienstleistungsinstituten EUR 0,00 (i. V. TEUR 0)		1,00	0
7. Treuhandvermögen		26.052,79	21
8. Immaterielle Anlagewerte		1.659.866,00	125
9. Sachanlagen		301.432,99	342
10. Sonstige Vermögensgegenstände		165.968,16	124
11. Rechnungsabgrenzungsposten		50.092,75	29
Summe Aktiva		18.152.951,58	11.896

PASSIVA			Stand am 31.12.2008 EUR	Stand am 31.12.2007 TEUR
	EUR	EUR		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten			
	a) täglich fällig		9.375.818,27	3.095
2.	Treuhandverbindlichkeiten		26.025,79	21
3.	Sonstige Verbindlichkeiten		958.699,65	1.165
4.	Rückstellungen			
	a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	114.607,00		109
	b) Steuerrückstellungen	0,00		182
	c) andere Rückstellungen	1.615.805,58		1.114
			1.730.412,58	1.405
5.	Nachrangige Verbindlichkeiten		1.000.000,00	0
6.	Fonds für allgemeine Bankrisiken		0,00	2.180
7.	Eigenkapital			
	a) gezeichnetes Kapital (bedingtes Kapital EUR 1.065.714,00)	2.801.785,00		2.241
	b) Kapitalrücklage	2.121.072,00		440
	c) Gewinnrücklagen			
	ca) gesetzliche Rücklagen	66.328,91		67
	cb) andere Gewinnrücklagen	260.249,38	326.578,29	260
	d) Bilanzgewinn	-187.440,00		1.022
			5.061.995,29	4.030
Summe Passiva			18.152.951,58	11.896

>> GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG VOM 01.01.2008 BIS 31.12.2008

	EUR	2008 EUR	EUR	2007 TEUR	TEUR
1. Zinserträge aus					
a) Kredit - und Geldmarktgeschäften		65.955,04		42	
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		11.108,86	77.063,90	10	52
2. Zinsaufwendungen			77.975,87		98
			-911,97		-46
3. Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			192.647,79		230
4. Provisionserträge		3.554.897,39		6.607	
davon:					
Courtageerträge Euro 3.271.134,16 (i. V. TEUR 6.445)					
5. Provisionsaufwendungen		490.894,01	3.064003,38	2.075	4.532
davon:					
Courtageaufwendungen Euro 490.891,65 (i. V. TEUR 2.069)					
6. Nettoertrag aus Finanzgeschäften					
a) Ertrag aus Finanzgeschäften		35.069.707,18		27.123	
davon:					
aa) Wertpapiere Euro 9.140.136,78 (i. V. TEUR 7.672)					
ab) Futures Euro 13.037,50 (i. V. TEUR 22)					
ac) Optionen Euro 4.947.917,49 (i. V. TEUR 455)					
ad) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäften Euro 20.968.615,41 (i. V. TEUR 8.974)					
b) Aufwand aus Finanzgeschäften		34.229.010,47	840.696,71	23.648	3.475
davon:					
ba) Wertpapiere Euro 12.858.082,94 (i. V. TEUR 9.323)					
bb) Futures Euro 0,00 (i. V. TEUR 167)					
bc) Optionen Euro 5.384.336,68 (i. V. TEUR 248)					
bd) Kursdifferenzen aus Aufgabegeschäften Euro 15.986.590,85 (i. V. TEUR 3.910)					

	EUR	2008 EUR	EUR	2007 TEUR	TEUR
7. Sonstige betriebliche Erträge			151.550,75		281
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter	2.617.882,70			3.232	
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	251.139,00			238	
darunter: für Altersversorgung Euro 5.851,00 (i. V. TEUR 6)		2.869.021,70		3.470	
b) andere Verwaltungsaufwendungen		3.379.300,84	6.248.322,54	2.464	5.934
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagenwerte und Sachanlagen			257.211,09		144
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			23.497,00		10
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft			100.000,00		0
12. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			0,00		2.180
13. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken			2.180.000,00		0
14. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			-201.043,97		204
15. Außerordentliche Erträge			0,00		100
16. Erstattete Steuern (i. V. Steuern) vom Einkommen und vom Ertrag		-301,69		278	
17. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 10 ausgewiesen		155,65	-146,04	4	282
18. Jahresfehlbetrag (i. V. Jahresüberschuss)			-200.897,93		22
19. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			13.457,93		0
20. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
a) aus anderen Gewinnrücklagen			0,00		1.000
21. Bilanzverlust (i. V. Bilanzgewinn)			-187.440,00		1.022

>> ANHANG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2008

A ALLGEMEINE ANGABEN UND BILANZIERUNGSÄNDERUNGEN

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008 der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG wurde nach den allgemeinen Vorschriften des HGB, des AktG sowie nach der für Kreditinstitute und für Finanzdienstleistungsinstitute geltenden Verordnung über die Rechnungslegung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt entsprechend § 2 RechKredV nach Formblatt 1 und 3. Vom Wahlrecht des § 265 Abs. 8 HGB wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit Gebrauch gemacht.

Die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG hatte seit 2006 für Sonderbeiträge der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen, Berlin, im Entschädigungsfall Phoenix Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet. Mit Schreiben vom 7. November 2008 hat das Bundesministerium der Finanzen zwischenzeitlich die steuerrechtliche Bildung einer Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten für die Sonderbeiträge verneint. Entsprechend dieser Rechtsauffassung wurde die bisherige Rückstellung steuerlich nicht mehr geltend gemacht, im handelsrechtlichen Jahresabschluss unverändert beibehalten und als teildotierte Aufwandsrückstellung umqualifiziert.

B BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGS-GRUNDSÄTZE

1. Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Berücksichtigung der Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt.

Geschäfte in **fremder Währung** wurden im Geschäftsjahr 2008 in geringfügigem Umfang zur Abwicklung von kundeninduzierten Wertpapiergeschäften getätigt. Die Währungsumrechnung erfolgte gemäß § 340h HGB. Zum Bilanzstichtag bestehen keine Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten, die auf fremde Währung lauten.

Forderungen an Kreditinstitute sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Aufgrund von Kompensationsvereinbarungen werden Forderungen an Kreditinstitute und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Euro teilweise verrechnet.

Forderungen an Kunden sind zum Nennwert ausgewiesen. Alle erkennbaren Einzelrisiken wurden bei der Bewertung berücksichtigt.

Die im Bestand befindlichen **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind dem Handelsbestand zugeordnet und unter Beachtung des strengen Niederwertprinzips bilanziert. Als Anschaffungskosten wurden dabei die gewichteten, durchschnittlichen Anschaffungskosten herangezogen. Die Bewertung der börsennotierten Wertpapiere erfolgte mit den Jahresschlusskursen in absteigender Folge der liquidesten Märkte, soweit nicht ein niedrigerer Ansatz angezeigt war. Die nicht börsennotierten Wertpapiere wurden mit den letzten Geldkursen im außerbörslichen Telefonhandel, bei Nichtvorliegen von aktuellen Kursen mit den Kursen des letzten Umsatzes bewertet, soweit nicht ein niedrigerer Ansatz angezeigt war.

Die **Beteiligungen** werden mit dem am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Immaterielle Anlagewerte und **Sachanlagen** wurden zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger, nutzungsbedingter Abschreibungen bilanziert. Die im Berichtsjahr erworbenen Skontren für Titel des regulierten Marktes werden unter Annahme der erneuten Zuteilung linear über eine Laufzeit von vier Jahren abgeschrieben. Erworbenene Skontren des Freiverkehrs unterliegen einer linearen Abschreibung von zehn Jahren, da deren Zuteilung keinem Zeitablauf unterliegt. Im Übrigen erfolgen die planmäßigen Abschreibungen linear mit den steuerlich zulässigen Sätzen. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis EUR 150,00 werden im Zugangsjahr in voller Höhe abgeschrieben und als Abgang behandelt. Für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens mit Anschaffungskosten über EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 wurde im Berichtsjahr erstmals gemäß § 6 Abs. 2a EStG ein Sammelposten gebildet. Dieser wird im Wirtschaftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit je 20 % aufgelöst.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden zum Nennwert angesetzt. Die Aktivwerte der Rückdeckungsversicherungen wurden mit dem Deckungskapital gemäß Schreiben der Versicherung bilanziert.

Die **Verbindlichkeiten** wurden zu Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit dem Teilwert unter Berücksichtigung eines Zinssatzes von 6 % angesetzt. Bei der Berechnung wurden die Richttafeln 2005 G von Dr. Klaus Heubeck zu Grunde gelegt.

Die **anderen Rückstellungen** wurden für alle weiteren ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken berücksichtigt. Sie sind mit dem vorsichtig geschätzten

Erfüllungsbetrag bewertet. Zur vorgenommenen Bilanzierungsänderung bei der gebildeten Aufwandsrückstellung für den Sonderbeitrag der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen, Berlin, für den Entschädigungsfall Phoenix siehe Abschnitt A.

2. Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG und § 285 Nr. 16 HGB

Vorstand und Aufsichtsrat haben letztmals im Dezember 2008 erklärt, dass den vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des Bundesanzeigers bekannt gemachten Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ mit wenigen Ausnahmen entsprochen wird. Diese sind auf der Internetseite der Gesellschaft veröffentlicht und dauerhaft abrufbar.

C ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

I. BILANZ

1. Fristengliederung bestimmter Bilanzposten nach Restlaufzeiten gemäß § 9 RechKredV

Die **anderen Forderungen an Kreditinstitute** haben eine Restlaufzeit von bis drei Monaten.

Die **Forderungen an Kunden** haben eine Restlaufzeit von bis zu drei Monaten.

2. Wertpapiere

Für die zum Bilanzstichtag im Bestand befindlichen Wertpapiere ergibt sich gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 1 RechKredV folgende Aufgliederung:

	Buchwert TEUR	davon börsennotiert TEUR	davon nicht börsennotiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	366	366	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	15.410	15.361	49
Beteiligungen	0	0	0
	15.776	15.727	49

Die Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere enthalten nachrangige Genussrechte in Höhe von TEUR 9.

3. Anteilsbesitz

Für den Anteilsbesitz per 31. Dezember 2008 wurde der letzte vorliegende Jahresabschluss der Gesellschaft erfasst:

	Beteiligungs- quote %	Eigen- kapital TEUR	Ergebnis TEUR	Jahres- abschluss per	Buchwert zum 31.12.08 TEUR
econia AG i. L., Köln	13,1	1.276	-2.829	31.12.01	0

Die econia AG i. L., Köln befindet sich im Zeitpunkt der Aufstellung des Anteilsbesitzes unverändert im Insolvenzverfahren.

Aufgrund der Vereinbarungen vom 21. Februar 2003 stehen eventuelle Veräußerungserlöse aus dem Verkauf der Beteiligung den Gläubigerbanken zu, die Forderungsverzichte ausgesprochen haben.

4. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich wie folgt entwickelt:

	Anschaffungskosten			Stand am 31.12.2008 TEUR
	Stand am 1.1.2008 TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	
Immaterielle Anlagewerte	287	1.649	15	1.921
Sachanlagen	1.722	118	1	1.839
	2.009	1.767	16	3.760

	Abschreibungen		Buchwert Stand am 31.12.2008 TEUR
	2008 TEUR	kumuliert TEUR	
Immaterielle Anlagewerte	99	261	1.660
Sachanlagen	158	1.537	302
	257	1.798	1.962

Die Gesellschaft besitzt keine eigenen genutzten Grundstücke oder Gebäude.

Die in den Sachanlagen enthaltene Betriebs- und Geschäftsausstattung dient in Höhe von TEUR 214 dem eigenen Geschäftsbetrieb.

5. Treuhandvermögen und -verbindlichkeiten

Das Treuhandvermögen besteht aus Anzahlungen zum Kauf von Wertpapieren, die VL-Sparer im Zusammenhang zwischen den von diesen und der Gesellschaft geschlossenen Wertpapier-Sparverträgen für vermögenswirksame Leistungen auf das Treuhandkonto eingezahlt haben.

6. Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 166 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 55 Forderungen gegen einen ehemaligen bzw. aktuelle Mitarbeiter, mit TEUR 30 Forderungen aus Kautionen und mit TEUR 65 Forderungen aus Steuern.

7. Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 959 enthalten im Wesentlichen mit TEUR 331 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, mit TEUR 310 Verbindlichkeiten für Sonderbeiträge des EdW, mit TEUR 187 offene Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen, mit TEUR 82 Verbindlichkeiten aus Steuern sowie mit TEUR 32 Verbindlichkeiten aus Lohn und Gehalt.

8. Andere Rückstellungen

Die anderen Rückstellungen in Höhe von TEUR 1.616 entfallen im Wesentlichen mit TEUR 595 auf Beiträge (davon TEUR 590 für EdW-Sonderbeiträge für den Entschädigungsfall Phoenix), mit TEUR 250 auf Tantiemen, mit TEUR 155 auf Jahresabschluss-, Beratungs- und sonstige Prüfungskosten, mit TEUR 233 auf Dienstleistungs- und Rechtsanwaltskosten, mit TEUR 104 auf nicht abgerechnete Provisionen sowie mit jeweils TEUR 75 auf Rückstellungen für Abfindungsaufwendungen und voraussichtlich noch anfallende Kosten des eingestellten Endkundengeschäfts.

9. Nachrangige Verbindlichkeiten

In dem Darlehensvertrag vom 26. Mai 2008 mit der Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg, wurde vereinbart, dass ein nachrangiges Darlehen in Höhe von TEUR 1.000 zur Verfügung gestellt wird, das den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG entspricht. Das Nachrangdarlehen wird mit 8,0 % p. a. verzinst.

Bei den nachrangigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die Aufwendungen für das nachrangige Darlehen in Höhe von TEUR 47 sind als Zinsaufwendungen verbucht.

Die Augur Financial Opportunity SICAV tritt mit seiner Forderung auf Rückzahlung des Darlehens hinter sämtliche Forderungen derzeitiger und künftiger Gläubiger der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, die keinen Rangrücktritt erklärt haben ("Vorrangforderungen"), in dem Umfang und so lange zurück, wie es zur Vermeidung einer Überschuldung der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG erforderlich ist. Demgemäß kann die Augur Financial Opportunity SICAV die Begleichung der Forderung nur insoweit verlangen, wie entweder sämtliche Vorrangforderungen vollständig beglichen sind oder aber das nach Rückzahlung der Forderung verbleibende freie Vermögen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zur Begleichung sämtlicher Vorrangforderungen ausreicht.

Soweit der Rangrücktritt reicht, ist die Forderung der Augur Financial Opportunity SICAV auf dem Rang des § 39 Absatz 2 InsO beschränkt.

Das Darlehen wird der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG fest für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren ab Vollauszahlung des Darlehens zur Verfügung gestellt. Nach Ablauf des vorbezeichneten Zeitraums kann sowohl die Augur Financial Opportunity SICAV, als auch die SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG das Darlehen jeweils ganz oder teilweise mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderquartals ordentlich kündigen.

Eine Beschränkung des Nachrangs sowie eine Verkürzung der Laufzeit im Wege einer nachträglichen Änderung der Vereinbarung ist ausgeschlossen.

Die Aufrechnung des Darlehens gegen Forderungen der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG ist ausgeschlossen.

10. Fonds für allgemeine Bankrisiken

Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde in voller Höhe erfolgswirksam aufgelöst. Dies wurde erforderlich, um im Bereich des Eigenhandels mit Derivaten bis Juli 2008 entstandene Handelsverluste zu kompensieren.

11. Eigenkapital

Entwicklung des Grundkapitals

Aufgrund der Ermächtigung gemäß § 4 Abs. 7 der Satzung (genehmigtes Kapital 2005) hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, durch Ausgabe von 560.357 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien die eine Erhöhung des Grundkapitals um EUR 560.357,00 auf EUR 2.801.785,00 durchzuführen. Die Eintragung der Kapitalerhöhung im Handelsregister erfolgte am 11. November 2008.

Aktiengattungen

Das Grundkapital der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG setzt sich am Bilanzstichtag zusammen aus 2.801.785,00 Stückaktien mit einem rechnerischen Nennwert von EUR 1,00 je Aktie.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage resultiert mit EUR 1.681.071,00 aus der im Rahmen der Kapitalerhöhung erfolgten Ausgabe von 560.357 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 4,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB) im Geschäftsjahr, sowie mit EUR 440.000,00 aus der im Rahmen der Sachkapitalerhöhung erfolgten Ausgabe von 110.000 neuen Stückaktien zu einem Ausgabepreis von EUR 5,00 je Aktie (§ 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB) im Geschäftsjahr 2007. Weiterhin resultiert EUR 1,00 aus der Herabsetzung des Grundkapitals im Geschäftsjahr 2005 durch Einziehung einer Inhaberstückaktie in vereinfachter Form nach § 237 Abs. 3 Nr. 1 AktG.

Gesetzliche Rücklage

Nach § 150 Abs. 1 AktG ist eine gesetzliche Rücklage zu bilden. Diese beträgt gemeinsam mit der Kapitalrücklage, da die Satzung keinen höheren Wert bestimmt hat, 10 % des Grundkapitals (§ 150 Abs. 2 AktG). Die gesetzliche Rücklage nach § 150 Abs. 2 AktG ist voll dotiert.

Andere Gewinnrücklagen

Die anderen Gewinnrücklagen betragen unverändert TEUR 260.

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand der Gesellschaft ist zu folgenden Kapitalerhöhungen ermächtigt:

Mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2005 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum Ablauf des 30. August 2010 mit Zustimmung des Aufsichtsrates durch Ausgabe neuer Aktien gegen Bar- und/ oder Sacheinlage einmalig oder mehrmals um bis zu UR 1.065.714,00 zu erhöhen (**genehmigtes Kapital**). Der Vorstand entscheidet mit Zustimmung des Aufsichtsrates über den Ausschluss eines Bezugsrechts der Aktionäre. Die Eintragung in das Handelsregister erfolgte am 20. September 2005. Mit Vorstandsbeschluss vom 13. Februar 2007 und Zustimmung des Aufsichtsrates vom 1. März 2007 wurde ein Teilbetrag des genehmigten Kapitals in Höhe von EUR 110.000,00 zur Erhöhung des Grundkapitals gegen Sacheinlagen durch Ausgabe von 110.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem Nennbetrag von EUR 1,00 verwendet.

Mit Vorstandsbeschluss vom 29. September 2008 und Zustimmung des Aufsichtsrates vom 30. September 2008 wurde ein weiterer Teilbetrag des genehmigten Kapitals in Höhe von EUR 560.357,00 zur Erhöhung des Grundkapitals gegen Bareinlagen durch Ausgabe von 560.357 auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem Nennbetrag von EUR 1,00 verwendet.

Nach den teilweisen Verwendungen besteht zum 31. Dezember 2008 noch ein genehmigtes Kapital in Höhe von EUR 395.357,00.

Bedingtes Kapital

Zudem wurde der Vorstand durch die Hauptversammlung vom 30. August 2005 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates eine **bedingte Kapitalerhöhung** von bis zu EUR 1.065.714,00 durchzuführen. Das bedingte Kapital dient der Absicherung der ebenfalls durch die Hauptversammlung vom 30. August 2005 erteilten Ermächtigung des Vorstands mit Zustimmung des Aufsichtsrates bis zum 30. August 2010 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber lautende Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen in einem Gesamtbetrag von bis zu EUR 5,0 Mio. mit einer Laufzeit von längstens zehn Jahren zu begeben, die den Inhabern bzw. Gläubigern Umtausch- bzw. Bezugsrechte auf bis zu 1.065.714 neue Inhaberaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu EUR 1.065.714,00 gewähren.

12. Beteiligungen an der Gesellschaft gemäß § 21 WpHG

Die Augur Financial Holding Zwei GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main, hat mit Schreiben vom 21. Dezember 2007 gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihre Stimmrechte an unserer Gesellschaft am 19. Dezember 2007 die Schwellen von 3 %, 5 %, 10 %, 15 %, 25 %, 30 %, 50 %, 75 % überschritten haben und 81,17 % betragen. Im Geschäftsjahr 2008 haben wir keine Mitteilungen nach § 21 Abs. 1 WpHG über Veränderungen erhalten.

II. GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält im Wesentlichen mit TEUR 50 Erträge aus der Kostenerstattung für Unterstützungsleistungen bei Softwaretests, mit TEUR 21 Kostenerstattungen sowie mit TEUR 17 Erträge aus der Weiterbelastung von Kosten im Rahmen eines Nachteilsausgleichs nach § 311 AktG durch den vormaligen Großaktionär.

2. Periodenfremde Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten TEUR 44 periodenfremde Erträge enthalten. Sie betreffen mit TEUR 17 den Nachteilsausgleich nach § 311 AktG, mit TEUR 21 Erstattungen und TEUR 6 die Auflösung von Rückstellungen.

3. Honorare für Prüfungs- und Beratungsleistungen

Nach § 285 Satz 1 Nr. 17 HGB sind folgende als Aufwand erfasste Honorare für den Abschlussprüfer des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2008 angefallen:

a) Abschlussprüfung	TEUR 96
b) Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	TEUR 0
c) Steuerberatungsleistungen	TEUR 1
d) Sonstige Leistungen	TEUR 34

D SONSTIGE ANGABEN

1. Haftungsverhältnisse

Entsprechend dem Börsengesetz wurden gegenüber diversen deutschen Börsen sowie gegenüber der Deutschen Börse AG wegen Teilnahme am XETRA-Handel Sicherheiten in Form von Avalen bei der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf, in Höhe von TEUR 2.500 sowie darüber hinaus Mietavale von TEUR 80 geleistet. Hierfür wurden die laufenden Guthabenkonten, das Festgeldkonto sowie sämtliche Depots bei diesem Institut verpfändet.

Durch Vereinbarungen vom 21. Februar 2003 stehen eventuelle Veräußerungserlöse aus dem Verkauf von Beteiligungen (Stand vor 21. Februar 2003) der Gesellschaft zwei Gläubigerbanken zu.

Märkte, die sich aus organisatorischer Sicht wesentlich voneinander unterscheiden (§ 34 Abs. 2 RechKredV), liegen nicht vor.

2. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Bilanzstichtag aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen in Höhe von TEUR 1.329. Verpflichtungen aus Aufgabengeschäften bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

3. Derivative Finanzinstrumente und Finanzanlagen

Derivative Finanzinstrumente bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Es besteht kein Finanzanlagevermögen, das über seinem Zeitwert ausgewiesen wird (§ 285 Satz 1 Nr. 19 HGB).

4. Organmitglieder und deren Bezüge

Mitglieder des **Aufsichtsrats** der Gesellschaft:

Günther Peter Skrzypek, Vorstand, (Vorsitzender), Oberursel (ab 3. Januar 2008)
 zugleich Aufsichtsratsmitglied der
 DEV A/S, Kopenhagen/Dänemark
 VERITAS Investment Trust GmbH, Frankfurt
 zugleich Beiratsmitglied der
 Wink Stanzwerkzeuge GmbH & Co. KG, Neuenhaus
 EWABO Chemikalien GmbH & Co. KG, Wietmarschen
 zugleich Verwaltungsratsmitglied der
 Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg
 Augur Financial Holding eins S.A., Luxemburg/Luxemburg
 Augur Financial Holding vier S.A., Luxemburg/Luxemburg

Dr. Thomas Schmitt, Vorstand, (stellvertretender Vorsitzender), Königstein (ab 3. Januar 2008)

zugleich Aufsichtsratsmitglied
 VERITAS Investment Trust GmbH, Frankfurt
 zugleich Verwaltungsratsmitglied der
 Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg
 Augur Financial Holding zwei S.A., Luxemburg/Luxemburg
 Augur Financial Holding drei S.A., Luxemburg/Luxemburg

Anthony Michael Coveney, Investmentbanker, Ralgate/Großbritannien
 zugleich Verwaltungsratsmitglied der
 ThomasLloyd Global Asset Management (Schweiz) AG, Zürich/Schweiz
 ThomasLloyd Global Asset Management Holding AG, Zug/Schweiz

Herr Skrzypek und Herr Dr. Schmitt wurden mit Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf vom 3. Januar 2008 als Mitglied des Aufsichtsrats anstelle zweier im Dezember 2007 ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieder bestellt. Herr Coveney wurde mit Beschluss der Hauptversammlung am 22. August 2007 als Mitglied des Aufsichtsrats gewählt. Zusätzlich erfolgte die Bestellung mit Beschluss des Amtsgerichts Düsseldorf. Die gerichtliche Parallelbestellung ist zum 11. Januar 2008 aufschiebend bedingt wirksam geworden. Durch die Hauptversammlung vom 29. Mai 2008 erfolgte eine Neuwahl des Aufsichtsrats, bei der die Mitglieder bestätigt wurden.

Es liegen keine gewährten Kredite oder Vorschüsse für die Mitglieder des Aufsichtsrates vor.

Mitglieder des **Vorstandes** der Gesellschaft:

Florian Weber, Wülfrath (Vorsitzender)
 Michael von Busse, Hamburg (bis 31. Dezember 2008)
 zugleich Aufsichtsratsmitglied der
 Menzel Vermögensverwaltung AG, Hamburg
 Hamburger Getreide-Lagerhaus AG, Hamburg
 Kremlin AG, Hamburg

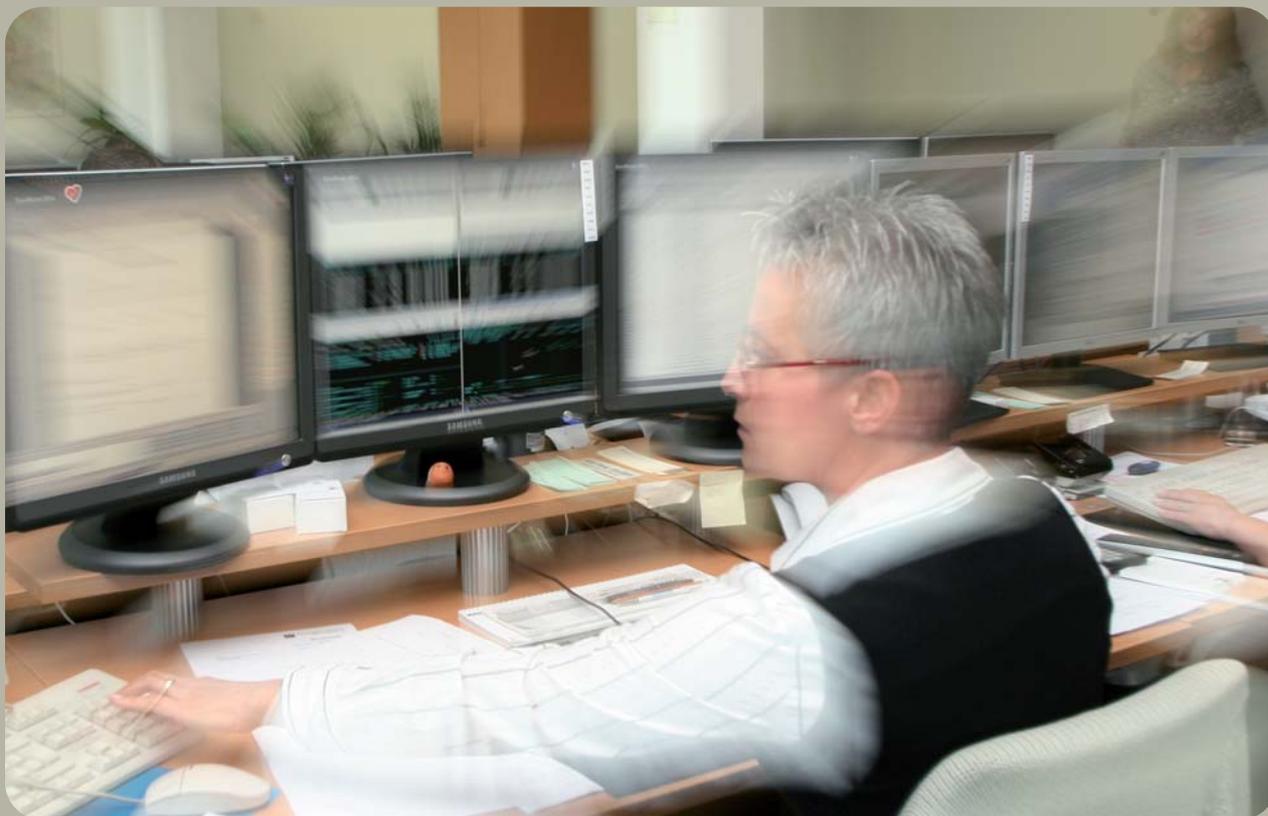
Markus Baukenkrodt, Meerbusch (bis 3. November 2008)
 zugleich Aufsichtsratsmitglied der
 DGFX Trading AG, Düsseldorf
 ThomasLloyd Private Wealth AG, Limburg an der Lahn

Martin Liedtke, Frankfurt (ab 1. Dezember 2008)
 zugleich Verwaltungsratsmitglied
 Concord Premium Fund, SICAV - FIS, Luxemburg

Die Organmitglieder besitzen keine Aktien der Gesellschaft.

Aufwendungen für die Mitglieder des Aufsichtsrates fielen im Geschäftsjahr 2008 in Höhe von TEUR 24 an.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2008 betragen TEUR 659, davon entfielen auf Herrn Florian Weber TEUR 294 (davon TEUR 258 erfolgsunabhängige und TEUR 36



erfolgsabhängige Komponenten), Herrn Michael von Busse TEUR 112 (davon TEUR 112 erfolgsunabhängige Bezüge), Herrn Markus Baukenkrodt TEUR 237 (davon TEUR 162 erfolgsunabhängige Bezüge und TEUR 75 Abfindungen) und Herrn Martin Liedtke TEUR 16 (davon TEUR 16 erfolgsunabhängige Bezüge).

Den Vorstandsmitgliedern ist für den Fall der Beendigung ihrer Tätigkeit bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, im Rahmen einer vertraglichen Konkurrenzklausel unter Bedingungen eine Karenzentschädigung in Höhe von 50 % des jeweiligen Fixgehalts zugesagt, die für die Dauer von 24 Monaten nach Beendigung des Vorstandsvertrages gilt.

5. Konzernzugehörigkeit

Es wird derzeit durch die Augur-Gruppe geprüft, ob die Augur Financial Opportunity SICAV, Luxemburg/Luxemburg, einen Konzernabschluss aufstellen muss, in den die Gesellschaft als mittelbares Tochterunternehmen einzubeziehen ist.

6. Mitarbeiter

In 2008 waren bei der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG - inklusive Vorstand – durchschnittlich 28 Mitarbeiter beschäftigt. Am Bilanzstichtag waren 30 Angestellte beschäftigt, die sich getrennt nach Handel und Verwaltung wie folgt aufteilen:

	Anzahl
Vorstand	3
Angestellte Handel	20
Angestellte Verwaltung	7

7. Bilanzgewinn und Ergebnisverwendung

Das Bilanzergebnis hat sich wie folgt entwickelt:

Stand am 1.1.2008 (Bilanzgewinn)	EUR	1.022.100,53
Dividendenausschüttung (Beschluss der Hauptversammlung vom 29. Mai 2008)		-1.008.642,60
Jahresfehlbetrag 2008		-200.897,93
Stand am 31.12.2008 (Bilanzgewinn)	EUR	-187.440,00

Der Bilanzverlust in Höhe von EUR -187.440,00 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Düsseldorf, 23. März 2009

SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG
Der Vorstand

>> BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der **SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG**, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2008 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handels- und aktienrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht

überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Stuttgart, 7. April 2009

Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Matthias Kopka
Wirtschaftsprüfer

Jens-Uwe Herbst
Wirtschaftsprüfer

>> BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat hat im Geschäftsjahr 2008 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegende Aufgabe, die Geschäftsführung zu überwachen, in insgesamt elf Sitzungen wahrgenommen. Auch außerhalb der Sitzungen hat der Vorstand regelmäßig, mindestens einmal monatlich, über alle wesentlichen Geschäftsvorfälle und die Entwicklung der Finanzkennzahlen berichtet. Der Aufsichtsrat hat auf Grund betriebswirtschaftlicher Auswertungen regelmäßig die Geschäftstätigkeit und Planungen für das Geschäftsjahr der Gesellschaft überprüft. Angesichts der Tatsache, dass der Aufsichtsrat aus drei Personen besteht, wurde auf die Bildung von Ausschüssen verzichtet.

Die Sitzungen befassten sich mit der strategischen und organisatorischen Ausrichtung des Unternehmens im weiterhin schwierigen Marktumfeld.

Auf Grund des außerordentlichen Verlustes des Unternehmens im Rahmen der Gamma Trading Aktivitäten befasste sich der Aufsichtsrat im zweiten Halbjahr 2008 unter anderem mit der Beratung über die Sonderprüfung und der im Sonderprüfungsbericht dargestellten Auswirkungen sowie mit der Beschlussfassung über entsprechende Maßnahmen. Ebenfalls im zweiten Halbjahr 2008 beschloss der Aufsichtsrat gemeinsam mit dem Vorstand die Durchführung einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen aus genehmigtem Kapital zur Finanzierung eines Asset-Deals zum Erwerb von Wertpapierskonten an der Frankfurter Wertpapierbörse. Zum Ende des Jahres hat der Aufsichtsrat den Anspruch der Gesellschaft nach § 93 Abs. 2 AktG aus dem eingetretenen Schaden im Bereich Gamma Trading gegen den Gesamtvorstand geltend gemacht .

Der Jahresabschluss der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG zum 31. Dezember 2008 einschließlich des Lageberichtes der Gesellschaft sowie des Berichts des Vorstandes über Beziehungen zu anderen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) ist unter Einbeziehung der Buchführung durch die Ebner Stolz Mönning Bachem GmbH & Co. KG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, geprüft worden. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Der Abschluss zum 31. Dezember 2008 einschließlich des Lageberichtes sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers

zum Jahresabschluss haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von Seiten des Aufsichtsrats sorgfältig geprüft. An den Beratungen des Aufsichtsrats hat entsprechend den gesetzlichen Vorschriften der Abschlussprüfer teilgenommen. Der Prüfer hat seinen Bericht eingehend erläutert und weiterführende Fragen des Aufsichtsrats ebenso beantwortet wie der Vorstand selbst.

Der Aufsichtsrat hat den vom Abschlussprüfer geprüften Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen (Abhängigkeitsbericht) geprüft. Der Jahresabschlussprüfer hat den Abhängigkeitsbericht mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Bestätigungsvermerk lautet im Wortlaut:

„Aufgrund unserer Prüfung erteilen wir den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk in folgender Fassung:

Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.,,

Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfungen hat der Aufsichtsrat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands im Abhängigkeitsbericht gemäß § 312 Abs. 3 AktG und gegen die Ergebnisse der Prüfung des Abhängigkeitsberichts durch den Jahresabschlussprüfer.

Zum Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer bestehen seitens des Aufsichtsrats ebenfalls keinerlei Einlassungen. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung hat der Aufsichtsrat keine Einwände erhoben. Der Jahresabschluss per 31. Dezember 2008 ist damit festgestellt.

Düsseldorf, den 27. April 2009

Günther P. Skrzypek
Vorsitzender des Aufsichtsrats

>> ENTSPRECHENSERKLÄRUNG ZUM DEUTSCHEN CORPORATE GOVERNANCE KODEX

Aufsichtsrat und Vorstand der SCHNIGGE Wertpapierhandelsbank AG erklären gemäß § 161 AktG den Empfehlungen des „Deutschen Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 6. Juni 2008 mit folgenden Ausnahmen zu entsprechen:

1. Aufgrund des derzeit bestehenden genehmigten Kapitals besteht die Möglichkeit des Bezugsrechtsausschlusses. Auch für zukünftig zu beschließende Kapitalerhöhungen soll diese Möglichkeit nicht generell ausgeschlossen werden (Kodex Ziffer 2.2.2).
2. Es bestehen derzeit keine Aktienoptionspläne (Kodex Ziffer 4.2.3).
3. Eine Altergrenze für Vorstände ist nicht festgelegt (Kodex 5.1.2). Alter und Leistungsfähigkeit werden bei der Bestellung berücksichtigt.
4. Unter Berücksichtigung der Größe der Gesellschaft und des Aufsichtsrates wurden keine Ausschüsse gebildet (Kodex Ziffer 5.3).
5. Bei der Vergütung des Aufsichtsrates ist derzeit keine erfolgsorientierte Vergütung vorgesehen (Kodex Ziffer 5.4.6).

Aufsichtsrat und Vorstand sind der Ansicht, dass das bestehende Vergütungssystem besser geeignet ist, die Unabhängigkeit des Aufsichtsrates zu gewährleisten.

Düsseldorf, im Dezember 2008

Der Aufsichtsrat und der Vorstand

>> INVESTOR RELATIONS

Ansprechpartner

Florian Weber
Berliner Allee 10
40212 Düsseldorf
Telefon ++49 (0) 211 13861-0
Fax ++49 (0) 211 13861-44

E-Mail contact@schnigge.de

Termine

24.6.2009 Hauptversammlung

Weitere Informationen

erhalten Sie schnell und aktuell über die Homepage www.schnigge.de

- Aktienkurs
- Geschäftsberichte und Zwischenberichte
- Ad-hoc- und Pressemeldungen





SCHNIGGE
Wertpapierhandelsbank AG

Berliner Allee 10
40212 Düsseldorf
Telefon ++49 (0) 211 13861-0
Fax ++49 (0) 211 13861-44

E-Mail contact@schnigge.de